Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 30. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 19. Januar 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

3. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 18. Januar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen und Geh. Rath Hoffmann.

Von dem Abg. Hänel ist ein Schreiben an den ersten Präsidenten eingegangen, in welchem er mit tiefgefühltem Dank die auf ihn gefallene Wahl zum ersten Vicepräsidenten annimmt. Sr. Majestät dem Kaiser und Könige hat nunmehr von der erfolgten Constituirung des Hauses Mittheilung gemacht werden können.

An neuen Vorlagen sind eingegangen zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Ablösung der Reallasten im Gebiete des Regierungsbezirks Kassel ausschließlich der zu demselben gehörigen vormals großherzoglich hessischen Gebietstheile und die Anwendung der für den Verkehr auf den Kunststraßen bestehenden Vorschriften auf den Kreis Ziegenrück.

Unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses verlangt alsdann der Finanzminister Camphausen das Wort, um den Staatshaushalts-Etat für 1876 einzubringen und seine Hauptziffern durch den nachfolgenden Vortrag zu erläutern: M. H.! Die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1874 ist seit gestern in aller Händen. Ich hebe aus derselben nur hervor, daß das Jahr 1874 die Summe von 20,350,902 Mk. an Ueberschüssen ergeben hat, die für die Ausgaben des Jahres 1876 reservirt worden sind. Das Jahr 1875 hat, wie Ihnen Allen bekannt, mit der Ungunst der Verhältnisse zu kämpfen gehabt. Der Druck, der auf Handel und Industrie lastete, hat natürlich auch seinen Einfluß auf die Staatseinnahmen und Ausgaben geübt. Insbesondere hat der Verkehr auf den Eisenbahnen bei Weitem nicht diejenigen Einnahmen ergeben, auf die nach dem Voranschlag gerechnet war. Andererseits freilich ist bei den Ausgaben eine sehr bedeutende Ersparniß eingetreten, und es wird daher das zu erwartende Deficit bei dieser Verwaltung, welches sich in diesem Augenblicke noch nicht übersehen läßt und in Bezug auf welches ich für mein Theil für irgend eine genaue Zahl noch nicht einstehen kann, doch ungefähr die Summe von etwa 6,000,000 M. erreichen.

Die zweite Verwaltung, die unter dem Druck dieser Zeit gelitten hat, ist die Verwaltung für die Stempelsteuer. Es hat gewiß nichts Auffallendes, daß in einer Zeit, wo der Verkehr stockt, auch die Geschäfte sich vermindern, die zur Zahlung einer Stempelsteuer Anlaß geben, und daß ferner in einer Zeit, wo die Preise gesunken sind, der Immobilienstempel einen bei weitem geringeren Betrag einliefert, als das in günstigeren Zeiten der Fall ist. Ich veranschlage den Ausfall, der bei der Stempelsteuer eintreten wird, auf ungefähr 2,500,000 Mark. Sodann, meine Herren, hat ein dritter Einnahmeposten unter der Ungunst dieser Verhältnisse gelitten, das sind die Einnahmen des ehemaligen Staatsschatzes, wo der allerdings ungewöhnlich hohe Voranschlag in der Wirklichkeit nicht erreicht worden ist und wo etwa ein Ausfall von 2,500,000 Mark eintreten wird.

Indem ich so auf die Schattenseiten hingewiesen habe, bin ich nun allerdings in der Lage, auch Lichtseiten der vorjährigen Verwaltung hervorzuheben, und da ist es vor Allem die Forstverwaltung, die mit einem sehr ansehnlichen Ueberschuß abschließen wird. Ich kann auch hier natürlich noch nicht genaue Ziffern geben. Sie kennen ja unsere Kassen-Einrichtungen, wonach bis zum 15. März Seitens der Centralstellen über gewisse Ausgabefonds disponirt werden darf; aber ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich diesen Ueberschuß auf ungefähr 6,000,000 Mark annehme, und wenn ich annehme, daß der Ueberschuß aus dieser Verwaltung so ziemlich den Ausfall bei der Eisenbahnverwaltung decken wird.

Ferner stellt sich auch das Ergebniß der Bergwerks-Verwaltung durchaus nicht ungünstig. (Hört! hört!) Wir rechnen bei der Bergwerks-Verwaltung auf einen Mehrertrag von etwa 1,000,000 M. und das Resultat gegenüber dem schon an sich recht hoch gegriffenen Voranschlag darf in der That als eine sehr erfreuliche Lichtseite bezeichnet werden. Freilich werde ich nachher bei den Voranschlägen für das Jahr 1876 Ihnen sehr hohe Minder-Einnahmen dieser Verwaltung prognosticiren müssen. Aber im Anfang des Jahres 1875 haben wir noch mit höheren Preisen begonnen, die nach und nach immer mehr gesunken sind. Daneben ist das Jahr 1875 ausgezeichnet, sowohl durch Production, als durch den Absatz bei unseren großen Bergwerken in Saarbrücken. Wir haben bis jetzt noch kein Jahr erlebt von gleich großer Production und gleich großem Absatz. (Sensation.) Sodann, m. H., wenn wir also auch darauf gefaßt sein müssen, bei der Stempelsteuer einen Ausfall zu erleben, so werden doch sowohl die indirecten als die directen Steuern im Ganzen durchaus das Etat-Prognostikon erfüllen. Bei der Klassensteuer wird allerdings ein Ausfall eintreten müssen, und zwar nicht in Folge einer besonders ungünstigen Conjunctur, sondern in Folge der Vorkehrungen, die das neue Klassensteuergesetz getroffen hat. Wir waren in dem Falle, weil die Erträge der Klassensteuer sich so bewegten, daß es sich darum handelte, ob 28 oder 29 Silbergroschen vom Thaler zu erheben seien, daß der nahezu 5 Pfennige erreichende Bruchtheil uns nöthigte, vorschußweise mehr unerhoben zu lassen, als zur Deckung des contingentirten Betrages erforderlich war. Es werden das ungefähr 734,000 M. sein, die à conto des folgenden Jahres einstweilen unerhoben blieben, darunter 256,000 M., die bereits dem Jahre 1874 angehörten. Nun hat ferner nach Maßgabe des Gesetzes der Staat vorläufig die Abgänge zu übertragen, die durch Reclamationen eintreten, und das wird dahin führen, daß bei der Klassensteuer ein Ausfall von etwas mehr als 1 Million Mark für das Jahr 1875 zum Vorschein kommt, deshalb aber dem Staate nicht verloren geht, weil im folgenden Jahre darauf Bedacht genommen wird, den Betrag nachträglich zu erheben. Was die Uebersicht über die Klassen- und Einkommensteuer-Veranlagung des Jahres 1875 betrifft, die bereits gedruckt in den Händen der Mitglieder des Hauses sich befindet, so kann ich die dort gemachten Mittheilungen schon jetzt weiter ergänzen, weil wir mittlerweile in die Lage gebracht sind, daß die Veranlagung sowohl der Klassen- wie der Einkommensteuer für das Jahr 1876 vollendet ist.

Natürlich ist das Stadium für Reclamationen der beiden Steuern noch nicht überwunden und wir müssen daher bei beiden Steuern darauf gefaßt sein, daß im Wege der Reclamation noch verschiedene Aenderungen eintreten. Aber, meine Herren, schon jetzt läßt sich übersehen, daß die Verkehrsverhältnisse im Lande doch nicht ganz so ungünstig liegen, als wie von manchen Seiten angenommen wird. Es ist Ihnen bekannt, daß bei der Veranlagung der Klassensteuer für das Jahr 1876 gegen das Vorjahr eine sehr wesentliche Ermäßigung eingetreten ist. Wir haben den Steuersatz von 4 Thaler auf 3 Thlr., den Steuersatz von 5 Thlr. auf 4 Thlr. ermäßigt, ohne die Grenzen des Einkommens, welches zu diesen Steuerstufen Veranlassung geben sollte, zu verändern. Wir mußten also darauf gefaßt sein, daß die Veranlagung der Klassensteuer möglicherweise ein wesentlich niedrigeres Resultat ergab. In der Wirklichkeit stellt sich heraus, daß trotz dieser Ermäßigung die Veranlagung der Klassensteuer für das Jahr 1876 mit der für 1875 bis auf den geringen Betrag von 1959 M. übereinstimmt. Die Summe war nämlich für 1875 44,495,262 M., für 1876 ist sie 44,493,303 M. Nun werden Sie sagen: Wenn bei der Klassensteuer eben so viel aufkommt trotz der Ermäßigung, dann wird wohl von der Einkommensteuer eine Zahl von Personen der Klassensteuer überwiesen sein (Heiterkeit). Nun, meine Herren, in Wirklichkeit unterlagen der Einkommensteuer 1875 550,775 Köpfe, für das Jahr 1876 unterliegen ihr 571,975 Köpfe, also 21,200 mehr. Trotzdem würde hiermit noch nicht entschieden sein, ob der Betrag der Einkommensteuer selbst gefallen oder gestiegen ist. Bei den großen Einnahmeausfällen, die ja auf vielen Seiten zu erwarten waren und die auch in der Wirklichkeit in vielen Fällen eingetreten sind, hätte die Besorgniß nicht fern gelegen, daß für das nächste Jahr die Einkommensteuer wesentlich heruntergehen könnte. In der Wirklichkeit haben wir in der ganzen Monarchie nur einen einzigen Bezirk gehabt, in dem die Einkommensteuer 1876 ein etwas niedrigeres Resultat ergeben wird, als nach der Veranlagung für 1875.

Dieser einzige Bezirk ist Stralsund. In allen anderen Bezirken der Monarchie stellt sich nach der Veranlagung ein Mehrbetrag von 876,381 Mark heraus. Dann, m. H., will ich noch erwähnen, daß neben den Mehrerträgen auch Ersparnisse eintreten werden; insbesondere darf wiederum bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden auf eine Ersparniß von 1,200,000 M. gerechnet werden, weil wir im Jahre 1875 nicht in die Lage gebracht worden sind, von der Ermächtigung, 30,000,000 Mark in Schatzscheinen auszugeben, Gebrauch zu machen, der im Etat desfalls vorgesehene Betrag also erspart werden wird. Sie sehen aus der Darstellung, die ich Ihnen mache, und bei der ich mich lediglich auf objective Thatsachen beschränke, daß auf der einen Seite Ausfälle, auf der andern Mehreinnahmen vorhanden sind. Für alle Verwaltungen bin ich zur Zeit noch außer Stande, anzugeben, wie schließlich ihre Ausgaben sich stellen werden; ich glaube aber mit Zuversicht annehmen zu können, daß das Jahr 1875 ohne Deficit abschließen, ja, daß es wahrscheinlich einen, wenn auch nur geringen Ueberschuß ergeben wird.

Nun, meine Herren, möchte ich mich wenden zu dem Jahre 1876. Ich hätte vielleicht vorher noch Ihnen Auskunft zu geben über die Lage der Eisenbahnbauten, die auf Grund der uns bewilligten Credite zur Ausführung gelangt sind. In dieser Beziehung haben sich die Verhältnisse dahin gestaltet, daß im Laufe des Jahres 1875 à conto der Eisenbahn-Verwaltungen 81,539,862 Mark verausgabt sind, daß wir, um diese Ausgaben bestreiten zu können, angewiesen waren auf die Bestände aus den Contributions-Ueberschüssen, die indessen für bestimmte Verwendungen festgelegt, ich will sagen, bestimmt sind, und die am Ende des Jahres 1875 noch einen Bestand von ungefähr 12 Millionen Mark aufwiesen. Im Uebrigen waren wir darauf angewiesen, einstweilig vorschußweise die Ausgaben zu leisten, und zwar waren wir dazu im Stande, weil die Ausgaben, die im Extraordinarium bewilligt sind, eine sehr langsame Verwendung fanden und von so großer Höhe waren, daß damit vorschußweise Ausgaben für Eisenbahnzwecke bestritten werden konnten. Wir werden aber nunmehr auf die baldige Deckung dieser Vorschüsse insoweit Bedacht nehmen, daß Ihnen in kürzester Frist ein Gesetzentwurf zugehen wird, der die Ermächtigung verlangt, die Zahlungen, die uns die Preußische Bank im vorigen Jahre geleistet hat und die sich auf 29,720,000 M. belaufen werden, bald in Anrechnung zu bringen. Inwieweit wir dann in der Lage sein werden, aus dem Rest des Guthabens des norddeutschen Bundes gegenüber dem Reich auf eine Einnahme zu rechnen, das wird von den Beschlüssen der verbündeten Regierungen und des Reichstags abhängen, und ich wage nicht, schon heute darüber eine bestimmte Ansicht zu äußern.

Da ich nun heut vielleicht zum letzten Mal in die Lage komme, über die Verwendung der Contributionsüberschüsse Ihnen Aufschluß zu geben, so möchte es vielleicht nicht uninteressant sein, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit für einige Augenblicke dafür in Anspruch nehme, wie der Particular-Staat Preußen mit denjenigen Contributionsüberschüssen verfahren ist, die ihm für seinen Theil zugekommen sind, und zwar will ich dies Bild nicht auf die eigentlichen Contributionsüberschüsse beschränken — diese haben bekanntlich 91,854,536 Thlr. betragen — sondern zugleich daran erinnern, daß uns gleich Anfangs der preußische Staatsschatz von 30 Millionen, daß uns ferner Zoll- und Steuercredite, die bis dahin von Preußen vorgeschossen waren und die von dem Jahre 1872 an das Reich übernommen hat, im Betrage von 14,063,527 Thlrn. zur Verfügung standen, also Summa Summarum 142,918,063 Thlr. Von dieser Summe haben wir verwendet 52,818,390 Thlr. zu Schuldentilgungen, 8,431,527 Thlr. zur Ablösung von Passivrenten, und endlich haben wir resp. werden wir, soweit die Beträge noch nicht vollständig verwendet sind, 81,668,145 Thlr. zu Eisenbahnbauten verwenden. Zu laufenden Ausgaben haben wir von den gesammten Beträgen, die uns Seitens des Reiches überwiesen worden sind, keinen Thaler verwendet, wir haben im Gegentheil, wie Ihnen noch erinnerlich sein wird, aus den Etatsüberschüssen der Jahre 1871, 1872, 1873 $28\frac{1}{2}$ Millionen Thlr. zu extraordinären Schuldentilgungen verwendet. Wir dürfen nach diesen Vorgängen, meine Herren, dem nun auch mit Ruhe entgegensehen, daß einstweilen die Einnahmen bedeutend nachlassen. Die Bruttoeinnahmen für 1876 sind veranschlagt auf 651,488,800 Mark. Diese Einnahmen waren veranschlagt für 1875 auf 694,498,910 Mk., es tritt also eine Differenz von 43,010,119 Mk. ein. Von dieser Mindereinnahme, die für 1876 in Aussicht genommen werden muß, fällt nun ein ansehnlicher Theil auf diejenige Differenz, die entsteht zwischen dem Ueberschuß, der dem Jahre 1875 zugeführt werden konnte, und demjenigen Ueberschuß, der für 1876, wie ich Ihnen in Erinnerung brachte, disponibel ist. Die Differenz bei diesen beiden Jahren beläuft sich auf 18,818,546 Mk., und setzt man diese außerordentliche Einnahme von den übrigen etatsmäßigen Einnahmen ab, so beläuft sich die Mindereinnahme auf 24,191,573 Mk.

Auch da will ich noch hervorheben, daß diese Mindereinnahme für den Betrag von 7,274,100 Mk. darin seinen Grund hat, daß wir die Einnahmen des sogenannten ehemaligen Staatsschatzes um diesen Betrag haben geringer in Aussicht nehmen müssen, als dies für das verflossene Jahr geschehen war. Im Uebrigen werde ich nachher auf die Einnahmen im Einzelnen näher eingehen, ich will nur hier voran bemerken, daß die Mindereinnahmen bei den Bruttoeinnahmen der Bergverwaltung allein auf 11,171,323 Mk. in Anschlag gebracht worden sind und daß ferner die Umwandlung der Preußischen Bank in eine Reichsbank die Jahreseinnahmen hat vermindern lassen um 6,632,270 Mark. Ich darf hier wohl nicht auf eine weitere Darlegung eingehen, was für Compensationen gegenüberstehen. Die Verminderung der Einnahmen hat selbstverständlich die genau entsprechende Verminderung der Ausgaben nach sich gezogen und zwar also um 43,010,119 Mk. Bei dieser Verminderung der Ausgaben haben wir aber doch es noch wagen zu dürfen geglaubt, die ordentlichen Ausgaben um den Betrag von 5,746,072 Mk. zu erhöhen und dagegen bei den außerordentlichen Ausgaben einen Abzug von 48,486,191 Mark zu machen. Ich will dabei daran erinnern, daß ein Posten von 3 Mill. Mark, der bisher im Extraordinarium erschien, ein Posten für Chaussee-Neubauten, in Wirklichkeit jetzt in dem Ordinarium erscheint, d. h. ein Theil von dem Betrage der 8 Millionen ist, der den Provinzen überwiesen worden ist. Ich will dann ferner bemerken, daß bei den Ausgaben, bei den eigentlichen Betriebsausgaben nicht Erhöhungen, sondern Ersparnisse überwiegen, daß die Betriebsausgaben nur eine Erhöhung von 1,111,000 Mk. nachweisen und daß dagegen bei den Minderausgaben etwas über 7 Millionen gegenüber stehen, so daß bei den Betriebsausgaben eine Minderausgabe von 6,171,261 Mk. veranschlagt ist. Dagegen treten bei den Dotationen und Staatsverwaltungs-Ausgaben Vermehrungen bis zur Höhe von 11,647,333 Mark ein.

Wenn ich nun etwas näher auf die Einzelheiten der Etatsveranschlagung eingehe, so habe ich zunächst zu erwähnen, daß bei der Grundsteuer ein Mehrbetrag eintritt, weil die Grundsteuerausgleichung, die für die neu erworbenen Provinzen stattgefunden hat, für die Mehrzahl derselben beendet ist — Schleswig-Holstein noch nicht vollständig, und weil dadurch bei der Grundsteuer eine Mehreinnahme von 654,000 Mark sich herausgestellt, der indessen auf der anderen Seite eine Mehrausgabe an Hebegebühren von 192,000 Mark gegenübersteht. Die Klassensteuer ist contingentirt, also ihr Ansatz im Wesentlichen nicht geändert. Die classificirte Einkommensteuer hat mit einem Mehrbetrage von 1,300,000 M. ausgebracht werden können. Bei der Eisenbahnabgabe stellt sich ein Ausfall von 661,000 M. heraus. Die Gewerbesteuer hat nur eine sehr geringe Vermehrung von 169,000 M., die Gebäudesteuer von 542,000 M., und im Ganzen stellt sich bei den directen Steuern überhaupt ein Mehrertrag von 2,057,000 M. heraus. Bei den indirecten Steuern haben wir in den Voranschlägen wesentliche Aenderungen nicht vorgenommen, obschon wir hinsichtlich der Stempelsteuer nicht ohne Besorgniß sind, ob der unveränderte Ansatz im Jahre 1876 zur Erhebung gelangen wird. Wir verlieren ferner noch bei der Wechselstempelsteuer zu Gunsten des Reiches einen Betrag von 414,500 M. nach den bekannten Bestimmungen des desfallsigen Gesetzes, wonach die Particularstaaten in absteigender Richtung eine Entschädigung erhalten haben. Für die Forsten hat nach den bisherigen Erfahrungen ein Mehrertrag in Ansatz gebracht werden können und zwar in Höhe von 2,187,000 Mark. Bei dem Bergwesen habe ich schon darauf hingewiesen, daß dort die große Mindereinnahme von 11,171,323 Mark in Aussicht genommen werden muß, der dann eine Minder-Ausgabe gegenübersteht von 1,504,561 Mark, so daß der Minderüberschuß sich beläuft auf 9,666,762 Mark. Bei der Eisenbahnverwaltung haben wir in vorsichtiger Weise geglaubt, die Einnahme minder hoch anschlagen zu sollen, wie für das Jahr 1875 geschehen war. Wir haben die Mindereinnahmen berechnet auf 5,282,873 Mark, wir waren aber auch in der Lage, gleichzeitig große Minderausgaben in Ansatz zu bringen, die 5 Millionen Mark übersteigen, und die den Minderüberschuß bis auf 260,000 Mark herabmindern.

Nun, m. H., weiß ich nicht, ob es für Sie noch ein Interesse hat, daß ich alle die einzelnen Verwaltungen noch durchgehe; ich möchte dies bezweifeln, da in diesem Augenblicke wohl schon der gesammte Etat mit sämmtlichen Anlagen gedruckt an das Haus abgeliefert sein wird. Ich glaube, daß es wohlgethan sein wird, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit noch darauf lenke, wo die großen Abstriche im Extraordinarium hervortreten. Bei der Eisenbahn-Verwaltung hatten wir im Jahre 1875 ungewöhnlich große Fonds hergegeben, sie beliefen sich auf 26,200,000 Mark. Es hat daher nahe gelegen, daß wir bei dieser Verwaltung, die ja noch außerdem durch die gewährten Eisenbahn-Credite und die darauf angewiesenen Ausgaben bedacht worden ist, die unter der Bezeichnung extraordinäre Verwaltung nicht in der etatsmäßigen Verwaltung stattfinden, die Ausgaben vorzugsweise vermindert haben. Wir haben demnach weniger ausgebracht für Eisenbahnzwecke im Extraordinarium des Etats 22,560,830 Mark. Ebenso waren wir genöthigt, bei der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen das im Vorjahre außerordentlich hoch bemessene Extraordinarium zurückzuführen auf den Betrag von 10 Mill. Mark, woneben noch die 3 Millionen Mark Chausseeneubau-Fonds zu erwähnen sein werden, die jetzt in den Dotationen stecken, wodurch aber unserm Etat gegenüber im Extraordinarium eine Ersparniß erzielt wird von 15,559,000 Mark. Diese beiden eben erwähnten Posten betragen also bereits 38 Mill. von den 48 Millionen, um die wir die extraordinären Ausgaben einzuschränken uns genöthigt sahen. Was nun endlich die Dotationen und Verwaltungsausgaben betrifft, so ist Ihnen ja bekannt, daß die Dotationen in Folge des im vorigen Jahre beschlossenen Gesetzes unwiderruflich feststehen, und daß dafür eine Mehrausgabe von nahezu 5 Millionen Mark auf den gegenwärtigen Staatshaushalts-Etat hat übernommen werden müssen; bei diesem Posten kann also eine Ersparniß nicht stattfinden. Anders verhält es sich mit den Verstärkungen der dauernden Ausgaben für verschiedene Zwecke, die wir in Vorschlag bringen. Da kann ja sehr wohl die Frage entstehen, ob wir bei unseren Vorschlägen nicht vielleicht allzukühn vorgegangen sind. Sie wissen, daß die Regierungen beim Reichstage gewünscht hatten, durch die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches der Nothwendigkeit überhoben zu werden, die Matricularbeiträge zu erhöhen.

Der Reichstag und mit ihm die verbündeten Regierungen haben in dieser Beziehung schließlich einen anderen Weg eingeschlagen; dieser hat aber, was das nächste praktische Resultat betrifft, ebenso wie die Vorschläge der Regierungen dazu geführt, daß für das Jahr 1876 unsere Matricularbeiträge nicht erhöht zu werden brauchen; im Gegentheil, die Matricularbeiträge Preußens werden für das Jahr 1876 eine Verminderung von 320,500 M. erfahren. Sie wissen ja, daß man beim Reiche einstweilen sich damit geholfen hat, über Bestände zu verfügen, und daß die Frage, wie die Verhältnisse in der Zukunft zu reguliren sein werden, eben noch der Zukunft überlassen bleibt. Nun glaube ich, meine Herren, daß wir in Preußen doch unrecht handeln würden, wenn wir uns dieser ungewissen Zukunft gegenüber versagen wollten, Ausgaben, die im Interesse des Landes als heilbringend und nützlich zu erachten sind, bei Seite zu schieben. (Sehr gut!) Ich meine, m. H., wenn die Vertreter des Landes im Einklang mit der Regierung die Nothwendigkeit, die Nützlichkeit gewisser Ausgaben anerkennen, so werden sie auch später mit der Regierung die Sorge übernehmen müssen, bei der Beschaffung der entsprechenden Einnahmen mitzuwirken. Ich meine, daß es sich geziemt, muthig und fest in die Zukunft hineinzutreten (Beifall), und so habe ich auch nicht Anstand genommen, für verschiedene Zwecke in Mehrausgaben zu willigen. Freilich bin ich dabei mit Sparsamkeit zu Werke gegangen und hoffe, daß alle die Vorschläge, die wir machen, auch von Seiten des Abgeordnetenhauses sich der Zustimmung erfreuen werden. Diese Vorschläge, m. H., richten sich nur zu einem ganz geringen Umfang auf einige Gehaltsverbesserungen, Gehaltsverbesserungen für Kategorien, für einzelne Beamte, die noch nicht hinreichend bedacht waren.

Es trifft dies die Beamten bei den Staats-Archiven, die Seminarlehrer (Beifall) und die Beamten bei den Strafanstalten (Beifall). Ferner, meine Herren, bringen wir dauernd keine Erhöhungen, aber wohl gewisse Beträge in Vorschlag, um deren Bewilligung wir Sie ersuchen, damit für Förster, Waldwärter, Grenz- und Steuer-Aufseher, welche an besonders ungünstigen Orten stationirt sind, Stellenzulagen bewilligt werden können. Wir treffen auch in diesem Punkt mit den Ansichten zusammen, die der Regierung durch die Beschlüsse des hohen Hauses im vorigen Jahre an die Hand gegeben worden sind. Wir schlagen Ihnen dann ferner vor, die dauernden Bewilligungen zu steigern in der Verwaltung des Cultusministeriums; für die Universitäten mit 104,000 Mk., für die Gymnasien mit 85,000 Mk., für die Seminarien mit 589,000 Mk., worin die erwähnten Gehaltszulagen enthalten sind, für die Präparanden-Anstalten mit 150,000 Mk., für die Elementarschulen mit 164,600 Mk., für Kunst und Wissenschaft mit 108,424 Mk.

Meine Herren, ich übergebe Ihnen den Etat und die allerhöchste Ermächtigung zu dessen Einbringung mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß Sie eine genaue Prüfung aller Ansätze vornehmen und wie in so vielen früheren Fällen den sorgfältig erwogenen Vorschlägen der Staatsregierung Ihre Zustimmung geben werden. (Beifall.)

Damit schließt der Finanzminister seinen Vortrag über den Staatshaushalts-Etat für 1876, der noch heute zur Vertheilung kommen wird.

Das Haus hat für heute nur noch die Pflicht, ein Mitglied der Staatsschulden-Commission zu wählen, da das Mandat des Abgeordneten v. Bonin abgelaufen ist. Von 308 giltigen Stimmen erhält Abgeordneter v. Bockum-Dolffs 199, von Bonin 57, Richter 52. Der Abgeordnete v. Bockum-Dolffs nimmt die Wahl mit Dank und mit der Erklärung an, daß er sich durch den Eid, den er als Abgeordneter auf die Verfassung geleistet habe, gebunden fühle, die ihm durch die so eben erfolgte Wahl übertragenen Obliegenheiten unverbrüchlich zu erfüllen.

Schluß $1\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Erste Berathung des Staatshaushalts-Etats.) Der Präsident hält es für möglich, daß am Sonnabend noch eine Sitzung wird angesetzt werden müssen, zumal noch eine Interpellation eingebracht ist, von der sich noch nicht beurtheilen läßt, ob und wie lange sie aufschiebbar ist. (Es ist die von der Fortschrittspartei angekündigte, den Erlaß einer Synodalverfassung betreffende Interpellation gemeint.) Abgeordneter Windthorst (Meppen) äußert den dringenden Wunsch, daß die Sitzung am Freitag vorläufig die letzte sein möge, und Abgeordneter von Schorlemer-Alst fügt den anderen Wunsch hinzu, daß auch für den Freitag jede Collision mit dem Reichstage vermieden werden möge, am besten dadurch, daß die Sitzung des Reichstags ausfällt. Präsident von Bennigsen kann in Bezug darauf nur versprechen, mit dem Präsidenten des Reichstages Rücksprache zu nehmen, um eine Collision der beiden Körperschaften ganz zu vermeiden, oder auf ein Minimum zu beschränken. Nach der Freitagssitzung sollen auch sämmtliche Fachcommissionen gewählt werden.

Berlin, 18. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben heute im hiesigen königlichen Schlosse in der Schwarzen Adler-Kammer ein Capitel des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler abgehalten, welchem die Investitur der schon früher ernannten Ritter und zwar des Ober-Schloßhauptmanns und Wirklichen Geheimen Rathes Grafen von Keller, des Generals der Infanterie und commandirenden Generals des XV. Armee-Corps von Fransecky, des Ober-Hof- und Haus-Marschalls, Ober-Stallmeisters und Wirklichen Geheimen Rathes, General-Lieutenants Grafen von Pückler, des Generals der Infanterie und commandirenden Generals des VIII. Armee-Corps von Goeben, des Generals der Infanterie und commandirenden Generals des XIV. Armee-Corps von Werder, des Generals der Cavallerie und commandirenden Generals des VI. Armee-Corps von Tümpling, des Generals der Infanterie und commandirenden Generals des V. Armee-Corps von Kirchbach vorausging, worauf die neu investirten Ritter an diesem Capitel Theil nahmen.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath Ribbeck, im Ministerium des Innern, den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Rathes erster Klasse verliehen; den Geheimen Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium des Innern, Dr. Forch, zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath, sowie

dem bisherigen Archidiaconus Erdin Karl **Kannegießer** zu Rathenow zum Regierungs- und Schulrath ernannt; dem Kreisbaumeister **Ritter** in Trier den Charakter als Baurath; und dem dirigirenden Arzt im Augusta-Hospital, praktischen Arzt ꝛc. Dr. Ernst **Küster** in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Regierungs- und Schulrath **Menges** zu Magdeburg ist in gleicher Eigenschaft an die Königliche Regierung zu Potsdam versetzt worden. Der Regierungs- und Schulrath **Kannegießer** ist der Königl. Regierung zu Magdeburg als etatsmäßiges Mitglied überwiesen worden. — An dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Friedrichshoff ist d[illegible] erste Lehrer **Wrege** zu Willamoven im Kreise Ortelsburg als Hilfsle[illegible]rer angestellt worden. — Der bisb. technische Hilfsarbeiter bei der Königl. [illegible] Regierung zu Stettin, Landbaumeister **Endell**, [illegible] in das Handelsministerium berufen worden. Der bisherige [illegible]aumeister **Richard B[illegible]ipasar** in Stettin ist zum Königl. Landbaumei[st]er ernannt und ihm die technische Hilfsarbeiterstelle bei der dortigen Königl. Regierung verliehen worden.

Berlin, 18. Januar. [**Se. Majestät der Kaiser und König**] empfingen heute den Feldmarschall Freiherrn v. Manteuffel und den Polizei-Präsidenten v. Madai, nahmen im Beisein des Commandanten von Berlin militärische Meldungen, sowie demnächst den Vortrag des General-Majors v. Albedyll entgegen und hielten im königlichen Schloß ein Capitel des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler ab.

[**Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz**] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen entgegen.

Abends fand bei den Kronprinzlichen Herrschaften eine Abendgesellschaft state, zu der einige 60 Personen geladen waren. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 18. Januar. [**Vom Bundesrath. — Matrikularbeiträge.**] Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr im Reichskanzleramt eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück. Derselbe machte Mittheilung über die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrath und über den Reichstagsbeschluß bez. einer Anzahl Petitionen von Post-, Telegraphen- und Zollbeamten wegen Einkommenverbesserung. Vorlagen betr. die Zusammenstellung des Geschäftsumfangs bei dem Reichsoberhandelsgericht für das Jahr vom 1. December 1874 bis dahin 1875; ferner die reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Sprengmitteln; endlich den Gesetzentwurf über die außerordentliche Bereitstellung von Mitteln zu Kasernenbauten gingen an die Ausschüsse. Es folgten dann noch Mittheilungen über eingegangene, den Ausschüssen zugetheilte Vorlagen, den Geschäftsbericht des Bundesamts für das Heimathswesen für 1. December 1874/75 und Mittheilungen über die Einlösungen des Papiergeldes vom Königreich Sachsen, Sachsen-Meiningen und Reuß jüngere Linie. Anträge, betr. die pensionsfähige Dienstzeit des Vorsitzenden der Centraldirection der Monumenta germaniae gingen an die Ausschüsse. Dann standen noch zur Verhandlung die Anträge des Rechnungsausschusses über die Berechnung der für 1876 aufzubringenden Matricularbeiträge und der mündliche Bericht desselben Ausschusses über den preuß. Antrag, betr. die Erwerbung des Kroll'schen Grundstücks für die Errichtung eines Reichstagsgebäudes, sowie Vorlagen von Eingaben. Die letztgedachten Gegenstände werden wohl unverzüglich an den Reichstag gelangen. — Aus dem Geschäftsumfangs-Bericht des Reichshandels-Gerichtes erhellt, daß in demselben während des abgelaufenen Jahres 1545 Spruchsachen zu bearbeiten waren. Davon schieden aus in Folge Entsagung, Zurückweisung oder Incompetenz-Erklärung 48. Von den verbliebenen 1497 Sachen sind 1347 erledigt, 150 rückständig. Von letzteren bleiben zu erledigen im Ganzen 150 Sachen. Beschwerdesachen waren zu bearbeiten und sind erledigt 124. Die Zahl der Vorträge betrug 5021. Die Staatsanwaltschaft hat mitgewirkt in 196 Spruchsachen, welche sich vertheilen auf Preußen mit 151, Baiern mit 101, Rheinhessen mit 8 und Elsaß-Lothringen mit 36. Die Zahl der bearbeiteten Referate beträgt 1362. — Der erwähnte Antrag des Rechnungsausschusses über die für 1876 aufzubringenden Matricularbeiträge will ein Gesetz von 3 Paragraphen, deren erster die Vertheilung der Matricularbeiträge vorbehaltlich der Berichtigung nach Maßgabe der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. December 1875 auf die einzelnen Bundesstaaten in der kürzlich an dieser Stelle mitgetheilten Weise auf Höhe von 71,376,215 Mark. Nach § 2 sollen in den Haushaltsetat des Deutschen Reiches pro 1876 treten: 1) unter Cap. 12 Tit. 18 der fortdauernden Ausgaben (Gesandtschaft in Rom) an Stelle der ersten Ansätze die Folgenden: Botschafter nebst freier Wohnung 100,000 Mark, erster Botschaftssecretär 12,000 Mark, 2) wird unter Capitel 1 Titel 3 der einmaligen Ausgaben der Ansatz „Zu den Kosten der Betheiligung des Deutschen Reiches an der Weltausstellung zu Philadelphia im Jahre 1876" behufs Herstellung eines auf dem Ausstellungsplatze zu errichtenden Pavillon um 550,000 M. erhöht. Nach § 3 sind die Mittel zur Bestreitung des in dem vorstehenden § 2 festgestellten Mehrbedarfs im Betrage von 126,200 Mk., soweit derselbe nicht durch Mehrbetrag bei den außer den Matricularbeiträgen zur Reichskasse fließenden regelmäßigen Einnahmen seine Deckung findet, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen.

[**Der Reichskanzler**] hat über den **Verkehr mit Sprengstoffen** folgende Mittheilung an den Bundesrath gerichtet:

Berlin, 11. Januar 1876.

Dem Bundesrathe ist von dem Unterzeichneten unter dem 10. Februar v. J. — Nr. 27 der Drucksachen — eine Vorlage gemacht, welche die Festsetzung übereinstimmender Grundsätze für die Versendung von Sprengmitteln auf Landstraßen bezweckte. Die Vorlage hatte eine Vereinfachung der unter einander sehr abweichenden und aus diesem Grunde den Verkehr belästigenden Vorschriften im Auge, welche in den einzelnen Bundesstaaten zur Zeit bestehen. Sie ging im Uebrigen davon aus, daß zu einer allgemeinen Revision dieser Vorschriften aus sicherheitspolizeilichen Gründen ein Anlaß nicht gegeben sei. Die Beschlußfassung über den Inhalt der damaligen Vorschläge steht noch aus. Inzwischen hat sich der Unglücksfall in Bremerhaven ereignet und nicht nur in der öffentlichen Meinung Bedenken darüber geweckt, ob in dem Verkehre mit Sprengmitteln die durch die Sicherheit von Leben und Eigenthum gebotenen Rücksichten beobachtet werden, sondern auch den hohen Regierungen eine Prüfung des auf diesem Gebiete bestehenden Rechtszustandes nahegelegt. Eine Vergleichung der in den einzelnen Bundesstaaten geltenden Bestimmungen wird schwerlich zu dem Ergebnisse führen, daß der bestehende Rechtszustand ein befriedigender sei. Der Unterzeichnete hat sich wenigstens schon jetzt, wo er die in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen Vorschriften nur theilweise übersieht, der Ueberzeugung nicht erwehren können, daß genügender Anlaß vorliege, um eine Reform des bestehenden Rechtes in Erwägung zu ziehen. Es dürfte in Frage kommen, ob nicht — ebensowohl im Interesse des Verkehrs wie in dem der öffentlichen Sicherheit — dahin zu wirken ist, daß die maßgebenden Vorschriften der durch ihre Vielgestaltigkeit verwirrenden Form entkleidet und auf einen einheitlichen Ausdruck zurückgeführt werden. Es werden sich vielleicht einzelne unnöthige Beengungen des in Frage stehenden Verkehres beseitigen lassen. Um so mehr und um so ernster wird aber auch andererseits dahin gesehen werden können, daß diejenigen Sicherheitsmaßregeln, welche das öffentliche Interesse erheischt, unbedingt zur Geltung gebracht werden. Und bei allen diesen Erwägungen kann es sich nach der Meinung des Unterzeichneten nicht mehr lediglich — wie in der Vorlage vom 10. Februar v. J. — um die Beförderung von Sprengmitteln auf Landstraßen handeln, sondern es gilt gegenwärtig ebensowohl dem Wassertransporte, der Lagerung, Verausgabung und Verwendung von Sprengmitteln gegenüber genügende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Eine Regelung, welche nicht dem gesammten Verkehr mit Sprengmitteln begreift, wird weder die öffentliche Meinung beruhigen, noch auch die betheiligten Interessen befriedigen. In der Vorlage vom 10. Februar v. J. ist bereits darauf hingewiesen, daß der Erlaß einheitlicher Bestimmungen über diesen Gegenstand durch die Reichsverfassung nicht vorgesehen sei. Nur in so weit, als der Verkehr mit Sprengmitteln unter den Gewerbebetrieb fällt, oder die Beförderung derselben auf Eisenbahnen in Frage kommt, ist die Zuständigkeit der Reichsgewalt zweifellos. Es bedarf indessen keiner Darlegung, daß eine nach diesem Gesichtspunkte gesonderte Regelung der einschlagenden Verhältnisse ihren Zweck verfehlen würde, und so ergiebt sich die Alternative, die Regelung vollständig und ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden Interessen des allgemeinen Wohles als Territorial-Angelegenheit zu behandeln, oder aber Vorsorge zu treffen, daß ein formeller Competenzbestimmungen willen eine im Interesse des ganzen Reiches dringend gewordene gemeinsame Regelung nicht unterbleiben müsse. In einer Frage wie diese, welche alle Bundesstaaten gleich tief berührt und überall gleichartige Interessen trifft, dürften die Anschauungen der hohen Bundesregierungen, sowohl was die Ermöglichung einer gemeinsamen Regelung, als auch was deren Inhalt betrifft, nicht weit auseinander gehen. Der Unterzeichnete beantragt daher: der Bundesrath wolle sich mit der reichsgesetzlichen Regelung des Verkehrs mit Sprengmitteln einverstanden erklären und die hohen Bundesregierungen ersuchen, sich über die zu treffenden Bestimmungen gegen das Reichskanzleramt zu äußern. Der Reichskanzler: v. **Bismarck**.

[**Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg,**] welcher in Folge einer Erkältung den jüngsten Berathungen des Staatsministeriums, sowie der Eröffnung des Landtages nicht beiwohnen konnte, ist von seinem Unwohlsein nunmehr wieder hergestellt.

Köln, 17. Januar. [**Herr Paulus Melchers**] veröffentlicht in der „Köln. Volksztg." folgendes Schreiben: „Allen denjenigen, welche mir zum Neujahrstage ihre Glück- und Segenswünsche dargebracht haben, theile ich hierdurch unter Bezugnahme auf die in Nr. 10 II. Bl. dieser Zeitung enthaltene Danksagung vom 8. d. Mts. nachträglich mit, daß gestern, als ich den hochwürdigsten Herrn Bischof von Paderborn besuchte, alle jene Neujahrswünsche, welche durch gütige Vermittelung des Herrn Dr. med. Sticker II. in Hochdesselben Hände gelangt waren, mir überliefert worden sind. Ich war ganz erstaunt und tief gerührt, als ich diese wirklich unzählige Menge von Glückwünschen, welche eine ganze Kiste angefüllt hatten, großentheils verbunden mit dem Ausdruck inniger Treue, Liebe und Anhänglichkeit in Empfang nahm, und heute näher in Augenschein zu nehmen im Stande war. Ich fand darunter schöne Zeugnisse der Herzensgesinnungen gläubiger Katholiken gegen ihren Oberhirten fast aus allen Theilen der Erzdiöcese und allen Klassen der Gesellschaft, von Geistlichen und Laien, Vornehmen und Geringen, Reichen und Armen, von Jung und Alt, von Einzelnen und von Familien, von Gesellschaften und Vereinen, ja selbst von ganzen Gemeinden, und von manchen weit außerhalb der Erzdiöcese Wohnenden, welche sich gedrungen gefühlt hatten, der Kundgebung meiner theuern Erzdiöcesanen sich anzuschließen.

Ich kann nicht umhin, den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes für den mir durch diese Glaubenserweisung bereiteten süßen Trost hierdurch zu wiederholen, und unter herzlicher Erwiderung aller an mich gerichteten guten Wünsche allen Kundgebern derselben zu versichern, daß ich am Altare ihrer gedenke, und vertraue, es werde unsern vereinigten Gebeten für die Anliegen der Kirche und der Erzdiöcese insbesondere nun baldige Erhörung zu Theil werden.

Gelobt sei Jesus Christus!

† **Paulus, Erzbischof von Köln.**" 13. 1. 76.

Von allen flüchtigen preußischen Geistlichen treibt Keiner ein solches Versteckenspiel und solchen Hohn mit der Regierung und den Staatsgesetzen wie Herr Melchers. Wie die „Nürnberger Presse" wissen will, soll sich der wackere Seelenhirt einige Tage im bischöflichen Palais zu Regensburg aufgehalten haben und zwar unter dem harmlosen Namen — „**Mayer.**"

Von der sächsischen Grenze, 17. Januar. [**Eine mysteriöse Geschichte**] wird der „Voss. Ztg." aus Wechselburg gemeldet, wo Graf **Schönburg** eine katholische Schloßkapelle besitzt. Als am heiligen Dreikönigstage die Katholiken des Ortes und der Umgegend nach der Schloßkirche wallten, um die Messe zu hören, fanden sie die Kirchenthüre verschlossen und lasen an derselben die lakonische Mittheilung: „Der Gottesdienst ist durch die Amtshauptmannschaft untersagt." Das „Katholische Volksblatt" erfährt nun, daß die Regierung aus der zeitweiligen Abwesenheit des Grafen von Schönburg das Recht herleite, dem gräflichen Schloßcaplan zu Wechselburg für die Dauer der Abwesenheit des Grafen von Schönburg die Abhaltung des Gottesdienstes zu untersagen, und fügt hinzu, daß das Verbot Seitens der Amtshauptmannschaft unter Androhung einer Geldstrafe von 100 Reichs-Mark erfolgt sei. Die von dem katholischen Blatte gegebene Darstellung des Vorgangs und der Motive erscheint so unwahrscheinlich, daß nähere Nachrichten abgewartet werden müssen. Selbst das „Kath. Volksbl." hält es für nothwendig, eine weitere Aufklärung der dunklen Geschichte in Aussicht zu stellen.

München, 17. Januar. [**Die Frage der Neubesetzung des Würzburger Bischofsstuhles**] wird zur Zeit mit großer Lebhaftigkeit besprochen. Die mannigfachsten Combinationen tauchen auf und die verschiedensten Namen von Personen werden genannt, welche für den erledigten Bischofssitz in Aussicht genommen sein sollen. Dem gegenüber kann die „N. W. Ztg." aus zuverläßiger Quelle mittheilen, daß das Cultusministerium zwar schon von einer Seite her auf seine Anfrage hin eine entschieden ablehnende Antwort erhalten, einen weiteren Candidaten aber bis jetzt noch nicht officiell in den Vordergrund gestellt habe. „Merkwürdig", schreibt jenes Blatt, „ist bei der gegenwärtigen Erörterung dieser Frage, daß bisher nur Namen von Männern genannt wurden, die der radical-ultramontanen Richtung nicht angehören, so daß sich also in unserer Bevölkerung selbst ein nicht zu übersehender Wunsch zur Geltung bringt, der dem Cultusministerium leicht zur Richtschnur für weitere Unterhandlungen dienen kann."

München, 18. Januar. [**Herzogin Max.**] Nach dem heute Vormittag ausgegebenen Bulletin hat die Herzogin Max in der vergangenen Nacht mehrere Stunden geschlafen und war das Fieber am Morgen entsprechend vermindert. Jedoch dauerte der Schwächezustand noch immer fort.

Oesterreich.

Wien, 17. Januar. [**Edelmetall. — Eisenbahn-Fusion.**] Nach einer Meldung der „Presse" ist im Ausschusse der Nationalbank die Errichtung eines Saldosaales für den Verkehr mit Edelmetallen angeregt worden, und ist dieser Vorschlag günstig aufgenommen worden. Wie demselben Blatte aus Pest gemeldet wird, hat der Verwaltungsrath des ungarischen Theils der Eperies-Tarnower Bahn bei der ungarischen Regierung Schritte gethan behufs Fusionirung mit der Kaschau-Oderberger Bahn, nachdem der galizische Theil der Tarnow-Leluchower Bahn in die Fusion mit der galizischen Bahn hineingezogen ist. Die Regierung soll den Vorschlägen des Verwaltungsrathes nicht abgeneigt sein.

Schweiz.

Zürich, 16. Januar. [**Vom Postcongreß. — Concordat zum Schutze junger Schweizer in der Fremde. — Vom Bundesgerichte. — Zum Banknotengesetz. — Wohlthätigkeitserweise. — Revision der Schulhäuser. — Zur Feuerbestattung. — Zum Schulwesen. — Kirchliches. — Pfarrer Falk. — Vermächtniß.**] Der **internationale Postcongreß** wird sich morgen zum zweiten Male versammeln, um über den Eintritt der überseeischen Colonien zu entscheiden; es erscheinen daher blos die Vertreter der Seestaaten. — Die Cantone der **französischen Schweiz** haben zum Schutz der jungen Landsleute in der Fremde ein Concordat geschlossen, welches seit dem 1. Januar in Kraft steht. Es bringt strengere Aufsicht über die Anstellungsbureaux und sichert die Beschützung durch die schweizerischen Consuln zu. Beständig gehen junge, sogar minderjährige Leute beider Geschlechter aus der Westschweiz ins Ausland, besonders in die Länder Osteuropas und gerathen da oft in Noth und Verkommenheit. Jugend schützt vor Thorheit nicht. — Das Bundesgericht, welches durch die neue Bundesverfassung eine weit würdigere und einflußreichere Stellung erlangt hat, erledigte im vor. Jahre 607 Geschäfte aller Art in 100 Sitzungen. — Die Behörden von Genf und Tessin haben sich nun auch für das Referendum gegen das **Banknotengesetz** erklärt, wesentlich aus leerer Angst vor Bundescentralisation. Die Notenanarchie muß zwar gezügelt werden, ob aber das Volk bei der Abstimmung dies einsehen wird, ist sehr zweifelhaft. — Die schweizerischen Geschenke für **wohlthätige und gemeinnützige Zwecke** haben im vorigen Jahre die Summe von 3 Millionen Francs ansehnlich überschritten. — Das grauenhafte Unglück in Hellikon hat nun auch die **aargauischen** Behörden zu genauer Untersuchung der Schulhäuser und anderer öffentlicher Bauten veranlaßt. — Der Züricher Verein für **Feuerbestattung** stellt seine Sammlungen ein und wartet auf bessere Zeiten. besonders verspricht er sich guten Erfolg von dem angekündigten Gesetze über öffentliche Gesundheitspflege. — Das schweizerische **Schulwesen** wird auf der Weltausstellung zu Philadelphia in einem Kartenwerke des Professors Kinkelin erscheinen. Alle das Schulwesen betreffenden Verhältnisse sind genau darin dargestellt, so z. B. die mittleren Besoldungen der Primarlehrer, in welchen Baselstadt mit 2480 Fr. obenan steht und ganz unten die katholischen Cantone von Schwyz mit 786 Fr. an bis Wallis mit 243 Fr. glänzen. Wir erwähnen noch Karte 24, welche die Leistungen der Cantone für das gesammte öffentliche Unterrichtswesen auf einen Einwohner berechnet; hier führt Baselstadt ebenfalls den Reigen mit Fr. 12,13 und zuletzt humpelt hinterdrein Innerrhoden mit Fr. 1,30. In allen Beziehungen stellen sich die katholischen Cantone braunschwarz dar, wie ihre Pfaffen, deren Geschäft sich mit dem Licht der Aufklärung einmal nicht verträgt. — Der Canton **Aargau** zählt 10,859 Fabrikarbeiter, von denen 2595 auf den Bezirk Baden kommen; der ultramontane Bezirk Muri (im unfreien „freien Amt") figurirt in dieser Statistik mit 0. — Die **Berner** Regierung hat 4 französische und 1 südtirolischen Geistlichen in den katholischen Kirchendienst aufgenommen. — Der abgesetzte Pfarrer **Falk** von Montlingen, Canton **St. Gallen**, der schon reichlich besorgt und aufgehoben war, kann noch keine Ruhe finden; er hat über Weihnachten in jener Gemeinde Messe gelesen und Religionsunterricht ertheilt. Die Regierung hat daher wieder gerichtliche Untersuchung über ihn verhängt. — **Frossard**, ein in **Freiburg** gestorbener Liberaler, hat der Stadt 40,000 Fr. für eine Knabenmittelschule hinterlassen, unter der Bedingung, daß sie rein weltlich geführt und von jeder ultramontanen Zuthat frei gehalten werde. — Zürich hat in voriger Woche zwei hervorragende Männer verloren. Außer dem, wie schon gemeldet, vor wenigen Tagen verstorbenen Pfarrer Lang, verschied auch Professor **Rüttimann**, vorzüglicher Jurist, einst hochverdient um die liberale Entwickelung seines Cantons und der Eidgenossenschaft.

Italien.

Rom, 14. Januar. [**Zum Proceß Satriano.**] Die Zeitungen aller Farben, schreibt man der „Voss. Ztg.", beschäftigen sich noch immer mit dem kläglichen Ausgange des Processes Satriano. Alle tadeln das Verfahren des Senats, nur die „Opinione" vertheidigt den Beschluß als den einzigen, welcher der existirenden Gesetzgebung entspreche. Selbst die Oppositionsblätter aber haben den Muth nicht, eine Abänderung der Verfassung zu verlangen, um das mittelalterliche Privilegium der Senatoren, nur vor ihres Gleichen über gemeine Verbrechen Rede zu stehen, in die Rumpelkammer abgenutzter Gesetze zu werfen. Ein zweiter Proceß, der den Senat in seiner Ruhe zu stören drohte, scheint noch rechtzeitig zu Wasser zu werden. Es verlautet, daß das Fallissement des Senators Baron **Genuardi** in Messina durch das Eingreifen einer Berliner Gesellschaft wieder rückgängig gemacht wurde. Die Schwefel-Bergwerke, deren Besitzer der betreffende Senator ist, sollen in die Hände von Berliner Capitalisten übergegangen sein, der Kaufpreis die Passiva aber bedeutend überschreiten. So ist denn dem Senat der zweite Skandal, einen Senator streichen zu müssen, erspart.

[**Der Wahlscandal in Piacenza**] ist auch von Neuem wieder aufgetaucht. General Carini, der bekanntlich keine beneidenswerthe Figur dabei spielte, hatte, als Cantelli und Codronchi ihn in der Kammer beschützten, öffentlich erklärt, er werde den „Progresso", welcher seinen berüchtigten Brief, der apokryph sein sollte, veröffentlichte, wegen Verleumdung verklagen. Der „Progresso" erinnert jetzt den General daran, daß das Versprechen der Klage für einen Offizier Ehrensache ist und fordert denselben deshalb auf, seine Klage endlich zur Ausführung zu bringen, weil die Redaction des „Progresso" nicht Willens ist, sich länger unter dem zweideutigen Schein einer Fälschung zu befinden. Der Brief des Chefredacteurs Rivalta ist sehr energisch und läuft durch alle Blätter, so daß es dem General Carini unmöglich ist, sich zurückzuziehen. Wir haben also alle Aussicht auf einen interessanten Criminalproceß, bei dem Minister und General-Secretäre als Zeugen ihrer eigenen Wahlumtriebe erscheinen müssen.

[**Schule für Eisenbahnbeamte.**] Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten geht man mit dem Gedanken um, hier eine Schule für Eisenbahnbeamte zu errichten. Es ist diese meines Wissens die erste Institution dieser Art in Europa. Natürlich hängt die Verwirklichung dieses Planes zusammen mit dem Uebergang des Eisenbahnbetriebes an den Staat.

Frankreich.

* **Paris**, 16. Januar. [**Zur Proclamation Mac Mahons. — Beabsichtigte Interpellationen. — Zu den Delegirten-Wahlen.**] Mit Mac Mahons Proclamation wird Wahl-Comödie getrieben. Die Bonapartisten, Legitimisten und Republikaner zeigen sich gleich sehr von diesen Redensarten entzückt, und erwarten davon für ihre Sache das Beste bei der allgemeinen Abstimmung. Das „Journal des Debats" wiederholt aber heute sein: „Wozu die Worte, wozu der Aufwand von officiellen Redensarten, um das Land zu beruhigen, das der Beruhigung nicht bedarf, um Umsturzlehren zurückzuweisen, die von allen parlamentarischen Parteien verdammt und höchstens von einigen Strebern verbreitet werden, die weder Ansehen noch Anhang haben?" Und eben das ist der Grund, weshalb man hinter dem Schritte andere Absichten wittert, aber thut, als sei man ganz mit dem Marschall einverstanden. Auch der ständige Ausschuß hat, wie der „Moniteur" wissen will, seinen Plan, wegen der Proclamation zu interpelliren, aufgegeben und will nur über die Nichtbeachtung des Artikels wegen des Straßenverkaufs der Zeitungen Anfragen stellen, auf deren Beantwortung Buffet sich, nach dem „Moniteur" zu schließen, schon freut. — Ueber die Delegirten-Wahlen in den 36,000 Gemeinderäthen des Landes läßt sich heute noch nichts sagen, als daß Buffet ein zuversichtliches Gesicht zeigt und einen Senat erwartet, „der die so laut vom präsidentschaftlichen Manifeste verkündigte conservative Politik befolgt". Erst am Dinstag wird im Ministerium des Innern das Material zu einer zuverlässigen Uebersicht über das Wahlergebniß beisammen sein. Die „République Française" verheißt den ländlichen Wählern, wenn sie gute Delegirte wählen, „die Befestigung der Republik auf alle Zeiten und die Anbahnung segensreicher Verbesserungen", was denn doch etwas viel gesagt ist. Der 16. Januar ist allerdings wichtig für die

Republik, da es sich um eine Senatsmajorität zwischen den Liberalen des weisen Fortschritts und zwischen den Conservativen des Widerstandes gegen Alles, was der Syllabus mißbilligt, handelt. Aber eben deshalb ist der 16. und der 31. Januar auch ein wichtiger Tag für die Richtung der auswärtigen Politik Frankreichs. Siegt Buffet vollständig, so sind die Tage von Decazes nicht minder gezählt, als die von Say; denn jenem wird die Abberufung des Orénoque so wenig, wie diesem sein Wahlmanifest verziehen. Vielleicht trägt dieser Umstand dazu bei, daß wieder allerlei Befürchtungen und Beunruhigungen wegen Erhaltung des Friedens im Jahre 1876 auftauchen. Im „Univers" speculirt man noch immer stark auf einen Brand im Südosten; ja, heute erst wieder steht in diesem Blatte zu lesen: „Oesterreich und Rußland warten ihre Zeit zu einer Intervention ab, das springt in die Augen."

[Die Verfasser der Mac Mahon'schen Proclamation.] Hinsichtlich der Wahl-Proclamation des Präsidenten der französischen Republik stellt man in Paris folgende Theorie auf:

Jeder Paragraph der Proclamation wurde von einem anderen Minister verfaßt und die Reihenfolge der Sätze durch das Loos bestimmt. Der Paragraph 1 gehört dem Herrn Leon Say; er sagt:

„Franzosen! Zum ersten Mal seit fünf Jahren seid Ihr zu allgemeinen Wahlen einberufen. Ihr habt vor fünf Jahren die Ordnung und den Frieden gewollt. Ihr habt sie mit den schwersten Opfern, durch die furchtbarsten Prüfungen hindurch erkauft. Heute wollt Ihr abermals die Ordnung und den Frieden. Die Senatoren und Abgeordneten, welche Ihr wählen werdet, werden mit dem Präsidenten der Republik an ihrer Aufrechterhaltung zu arbeiten haben."

Eigenthum des Herrn Dufaure ist § 2, welcher lautet:

„Wir werden vereint, mit Aufrichtigkeit die Verfassungsgesetze anwenden, deren Revision zu veranlassen bis im Jahr 1880 mir allein das Recht zusteht."

Herr Wallon wendet sich im Absatz 3 an die Wähler und sagt:

„Nach so viel Aufregung, Hader und Mißgeschick ist die Ruhe unserm Lande nothwendig und ich erachte, daß unsere Einrichtungen nicht revidirt werden sollen, ehe sie redlich durchgeführt worden sind."

Dazu bemerkt der Herzog Decazes im Absatz 4:

„Um sie aber durchzuführen, wie die Wohlfahrt Frankreichs es erheischt, ist die conservative und wahrhaft liberale Politik, welche ich stets getrachtet habe, zur Geltung zu bringen, unerläßlich."

Dem Herrn von Meaux gehört der § 5:

„Diese Politik zu unterstützen, appellire ich an den Verband der Männer, welche die Vertheidigung der gesellschaftlichen Ordnung, die Achtung vor dem Gesetze, die Hingebung für das Vaterland über die Erinnerungen, die Parteibestrebungen und Verpflichtungen stellen. Ich fordere sie auf, sich sämmtlich um meine Regierung zu schaaren."

Der frommste Satz hat den Seemann zum Verfasser der an der Spitze der Marine steht; § 6 lautet:

„Frankreich weiß, daß ich die Gewalt, mit der ich bekleidet bin, weder gesucht noch gewünscht habe; aber es darf sich darauf verlassen, daß ich sie ohne Schwäche handhaben werde, und ich hoffe, daß Gott mir helfen wird, die mir anvertraute Sendung bis ans Ende zu erfüllen."

Der Alarmparagraph entspringt der Feder des Herrn Buffet; § 7 lautet:

Nicht nur müssen Diejenigen, welche diese Sicherheit in der Gegenwart trüben könnten, entwaffnet, sondern auch Die entmuthigt werden, welche sie durch die Verbreitung antisocialer Lehren und revolutionärer Programme in der Zukunft bedrohen."

Der Kriegsminister Cissey aber sagt im Paragraph 8:

„Unter dem Schutz einer starken und geachteten Autorität müssen sich die geheiligten Rechte, die über alle Regierungswechsel hinaus fortbestehen, müssen sich berechtigte Interessen, die zu schirmen Sache jeder Regierung ist, der vollkommensten Sicherheit erfreuen."

Marschall Mac Mahon aber ergriff, nachdem er das Alles gelesen hatte, die Feder und sagt: „Ich will nur eine Zeile hinzufügen, aber sie soll den Ausschlag geben", und er schrieb: „Der Präsident der französischen Republik"; in der That ist das die einzige Stelle, wo der Republik Erwähnung geschieht.

Amerika.

Washington, 13. Januar. [Aus dem Congreß.] Drei bewegte Tage, schreibt man der „K. Z.", hat das Repräsentantenhaus hinter sich. Auf Antrag des demokratischen Mitgliedes Randall aus Pennsylvanien kam die Amnestievorlage zur Sprache, welche denjenigen Theilnehmern an dem Aufstande der Südstaaten, die noch nicht wieder in den Genuß aller Rechte gesetzt worden, vollständige Begnadigung gewähren soll. Von republikanischer Seite wurde eine Abänderung beantragt, nach welcher allen um Begnadigung Einkommenden ein besonderer Eid vorgeschrieben und der frühere Präsident der conföderirten Staaten, Jefferson Davis, ganz von der Wohlthat dieses Gesetzes ausgeschlossen werden soll. Um dieses Amendement abzuschneiden, beantragte Randall die Vorfrage. Nach einem hitzigen Redekampfe, an welchem sich hauptsächlich Randall und Blaine betheiligten, wurde die Vorfrage durch eine strenge Parteiabstimmung mit einer Mehrheit von 163 zu 99 genehmigt, den Amendements also der Weg abgeschnitten. Darauf folgte die Entscheidung über die Vorlage selbst; da hierbei einige Republikaner zu den Demokraten übergingen, stieg die Mehrheit auf 172 gegen 97. Indessen war der Vorlage hiermit nicht gedient, denn nach der Verfassung bedarf sie einer Zweidrittelmehrheit, um angenommen zu werden. Darauf stellte Blaine den Antrag, diese Entscheidung nochmals in Erwägung zu ziehen, und benutzte die Gelegenheit der Vorbringung seines Amendements, um in langer und scharfer Rede gegen Jefferson Davis loszufahren, und die während des Bürgerkrieges in den südstaatlichen Gefängnissen, namentlich in den berüchtigten Kerkern von Andersonville, begangenen Scheußlichkeiten zu schildern. In Bezug auf die Vorlage richtete sich seine Rede wesentlich gegen die eideslose Begnadigung. Der Demokrat Cox aus Newyork antwortete ihm; auch der Republikaner Kelley aus Philadelphia sprach für die Amnestie. Die Sitzung kam zum Schlusse, ohne daß die Frage ausgetragen war, so daß die Verhandlung gestern fortgesetzt wurde. Auch Redner aus den weiland conföderirten Staaten traten nun in die Schranken. Zuerst der Demokrat Hill aus Georgien, welcher den Süden gegen Blaine's Anklagen in Schutz zu nehmen versuchte und den Norden der grausamen Behandlung südstaatlicher Gefangenen bezichtigte. Im Norden, behauptete er, seien 12 pCt. der Gefangenen aus dem Süden, im Süden dagegen nur 9 pCt. der Gefangenen aus dem Norden gestorben. Die Rechnung wird wohl irgendwo ihren großen Haken haben; eine falsche Auffassung ruft sie jedenfalls hervor. Zwischen Hill und Blaine kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen; wie denn die Erbitterung zwischen den Parteien sich in solchem Maße steigerte, daß gemäßigtere Mitglieder von beiden Seiten sich angelegen sein ließen, den Verhandlungen ein Ende zu machn. Man fürchtete insbesondere, es würden in der Hitze des Kampfes allerlei Fluren zertreten werden, die nicht in das streitige Gebiet gehören; so hätte zunächst die auf der Tagesordnung stehende Bewilligung von 1,500,000 D. für die Ausstellung in Philadelphia leicht ein Opfer der Aufregung werden können. Den Bemühungen der Friedfertigen gelang es jedoch erst heute, eine Verständigung zu erzielen, so daß die Verhandlung über die Amnestievorlage nun mit der Verweisung der letzteren nebst einigen Amendements an den Justizausschuß des Hauses zum Schlusse gedieh. Hill's Rede zur Vertheidigung der im Gefängniß zu Andersonville geübten Grausamkeiten ist in dem stenographischen Bericht unterdrückt worden, weil die Demokraten fürchten, die Debatte, welche eine ungewöhnliche Menge von Zuhörern ins Capitol gelockt hatte, könnte ihnen überdies schon im Lande durch die Erweckung der alten Parteizwiste und Kriegsfragen schaden. (Ein Washingtoner Telegramm vom 14. d. meldet, daß die Amnestie-Vorlage bei einer neuen Berathung im Repräsentantenhause die Zweidrittelmehrheit abermals nicht erlangt hat.) Eine andere Erinnerung an vergangene Parteikämpfe und auch an den Bürgerkrieg wurde vorgestern durch die im Congreß geschehene amtliche Anzeige von dem Tode des Expräsidenten Andrew Johnson wachgerufen. Es folgten der Mittheilung die herkömmlichen Lobreden und Resolutionen zum Ausdruck des Bedauerns. — Der Justizausschuß des Repräsentantenhauses beschloß gestern mit 6 gegen 5 Stimmen eine Verfassungsänderung, wonach die Amtsdauer des Präsidenten auf 6 Jahre verlängert, aber zugleich eine Wiederwahl desselben Präsidenten untersagt werden würde, zur Berichterstattung an das Haus zuzulassen. Die Minderheit bestand aus Republikanern, die Mehrheit aus Demokraten und einem Republikaner. Im Senat wurde nach zweitägiger Verhandlung eine Frage, welche der Tod des Vice-Präsidenten Henry Wilson auf die Tagesordnung gebracht hatte, durch eine mit 31 gegen 15 Stimmen angenommene Erklärung dahin erledigt, daß die Amtsdauer des zeitigen Präsidenten des Senats (President pro tempore), welcher also jetzt in die Stelle des Senats-Präsidenten und Vice-Präsidenten der Union eingerückt ist, nach dem Gutdünken des Senats zu bemessen ist. — Die zur Vertheilung der „Genfer" Entschädigungssumme eingesetzte Commission über die Alabama-Forderungen wird am 19. d. M. in Washington wieder zusammentreten; ihre Lebensfrist ist durch neuere Congreßacte bis zum 22. Juli ausgedehnt worden. Von den ihr vorgelegten 1382 Ansprüchen, deren Betrag sich auf 12½ Mill. Doll. beläuft, sind 1009 schon erledigt. Nach den bisherigen Erkenntnissen zu schließen, würden die wegen zerstörten Eigenthums erhobenen Entschädigungsforderungen — auf diese ist die Vertheilung durch die Commission bisheran gesetzlich beschränkt — weniger als 10 Mill. Dollar in Anspruch nehmen, während die in Genf den Vereinigten Staaten zuerkannte Summe von 15½ Millionen inzwischen durch Verzinsung schon auf 18 Millionen gestiegen ist. Dem Congresse liegen jetzt Gesetzentwürfe vor, nach welchen der Ueberschuß unter Versicherungs-Gesellschaften, welche Verluste und unter Eigenthümer, welche Kriegsversicherungsprämien bezahlt haben, zur Vertheilung kommen soll.

A. A. C. **Newyork.** [Das Amerikaner-Meeting in Berlin.] Der hiesige Correspondent der Londoner „Morning Post" schreibt:

„Viele hiesige Zeitungen spötteln über die Amerikaner, welche ein Meeting in Berlin hielten, um zu erklären, daß sie keine Complicen Thomassens seien. Es scheint, daß in Berlin ein Geistlicher ansässig ist, der Thompson heißt ein Amerikaner ist, und der sich seit Jahren angemaßt hat, die amerikanische Colonie in einer oder der anderen Weise zu repräsentiren. Dieser ehrwürdige Mr. Thompson scheint die Leitung des erwähnten Meetings übernommen und eine große Rede gehalten zu haben, in welcher er die Deutschen beredsam aus ihrem Irrthum zu reißen versuchte, daß die Amerikaner im Allgemeinen mit Höllenmaschinen in ihrem Gepäck umherreisten und bereit seien, jeden Augenblick um des Gewinnes einer armseligen Versicherungssumme wegen ein Schiff in die Luft zu sprengen. Die Newyorker Journale sind dem ehrwürdigen Mr. Thompson nicht dankbar; sie verhöhnen ihn und sprechen von ihm in Ausdrücken, welche das Gegentheil von Höflichkeit sind. Sie verspotten auch die Amerikaner, welche dem Meeting anwohnten, auf dem er seine große Rede hielt."

Handel, Industrie ꝛc.

Berlin, 18. Januar. Die heutige Börse entbehrte zwar nicht einer festen Stimmung, dennoch blieb die Entwicklung des Geschäftes eine meisthin träge. Dem Eisenbahnmarkte kamen die jetzt auch officiösen Versicherungen betreffs einer dem Landtage in Aussicht stehenden Vorlage wegen Ueberlassung der preußischen Bahnen an das Deutsche Reich, welche Nachricht wir unseren Lesern schon vor mehreren Tagen zu bringen in der Lage waren, zu Gute. Besonders erfreuten sich darauf hin leichte Bahnactien guter Beachtung. Man geht von der Ansicht aus, daß der Ueberlassung der preußischen Staatsbahnen an das Reich auch die Erwerbung der Privatbahnen sich logischerweise anschließen müsse und daß für diesen Fall den im Course niedrigen Actien die meisten günstigen Chancen bei einem etwaigen Verkauf zur Seite ständen. Die Speculationspapiere unterlagen mannigfachen Schwankungen und gestatten hieraus schon den Schluß, daß sie sich reger als sonst am Verkehr betheiligten. Im Ganzen schlug die Coursbewegung steigende Richtung ein. Namentlich waren Oesterreichische Creditactien und Disconto-Commandit-Antheile belebt. Oesterreichische Loose zeigten sich vernachlässigt, nur Rudolfbahn und Vorarlberger Bahn belebt. Laurahütte verfiel im Anschluß an die aus Glasgow gemeldeten niederen Eisenpreise einer matten Haltung. Disconto-Commandit 127, ultimo 126⅛—¼—7, Dortmunder Union 9½, Laurahütte 63¾, ult. 63¾—62¾—63¼. Für ausländische Staats-Anleihen war die Haltung im Allgemeinen ziemlich günstig, Oesterr. Renten waren recht fest, auch Oesterr. 1860er Loose ließen einen festen Charakter erkennen, obgleich sie niedriger notiren, Italiener blieben vernachlässigt und nur Türken waren ausgesprochen matt, Amerikaner und russische Werthe sehr still, Berliner 4½procentige Pfandbriefe nachgebend, preußische und andere deutsche Staats-Papiere in geringem Verkehr, nur Braunschweiger Loose begehrt, Badische Prämien-Anleihe zu herabgesetztem Course lebhaft. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten war ganz belanglos, trug aber im Großen und Ganzen eine feste Physiognomie. Eisenbahn-Stamm-Prioritätsactien waren im Allgemeinen fest, besonders zeichneten sich Chemnitz-Aue, Halle-Sorau, Rumänen und Altenbekener aus. Der Verkehr auf dem Eisenbahn-Actien-Markte war, wie erwähnt, nicht ohne Lebhaftigkeit, doch änderte sich das Cours-Niveau nur wenig und blieben namentlich die schweren Bahn-Actien im gestrigen Niveau. Potsdamer matt. Anhalter, Halberstädter und Stettiner behauptet. Leichte Bahnen sehr beliebt und meist steigend. Halle-Sorauer, Hannover-Altenbekener, Märkisch-Posener und Görlitzer anziehend, Lüttich-Limburg gut behauptet, Nahebahn fest und höher, Brest-Kiew gesucht, Weimar-Gera matt. Bankactien verhielten sich sehr still. Provinzial-Gewerbebank zog an. Breslauer Disc. fest, Vereinsbank Quistorp höher. Deutsche Bank belebt und steigend. Oldenburger Bank und Weimarer niedriger. Industriepapiere betheiligten sich nur wenig am Verkehr. Viehhof ging zu steigendem Course in Posten um, Flora in fester Haltung ziemlich rege, Berliner Holzcomptoir zu besserer Notiz recht belebt, Faconschmiede und Senker fest, Baltischer Lloyd beliebt, Oberschlesische Eisenbahnb. fest, Görlitzer Eisenbahnb. behauptet, Leopoldshall beliebt, Kölner Bergwerk in guter Frage ohne Abgeber, Centrum zu mattem Course belebt, Marienhütte fest, Tarnowitzer und Phönix A. besser, Arenberger zogen an, Bochumer A. und B. sehr matt, Phönix B. gingen in der Notiz zurück, Courl zu ermäßigter Notiz fest. — Um 2½ Uhr ziemlich fest. Credit 336½, Lombarden 198½, Franzosen 511½, Reichsbank 164½, Disconto-Commandit 126¼, Dortmunder Union 9½, Laurahütte 63¼, Köln-Mindener 94¾, Rheinische 112¾, Bergische 78¾, Rumänen 28. (B.- u. H.-Z.)

Berlin, 16. Januar. [Jahres-Bericht über Lederhandel und Lederfabrikation von M. J. Salomon.] Das Jahr 1875 war für die Leder-Industrie im Allgemeinen nicht günstig, theils in Folge der allgemeinen Noth der Zeit, theils durch specielle Verhältnisse.

Die einzelnen Zweige des Geschäftes betreffend, so befand sich das Geschäft in rohen Häuten, sowohl in Wildhäuten und Kipsen wie auch in deutschen Häuten und Fellen in der übelsten Lage, indem mit wenigen kurzen Unterbrechungen die Preise das ganze Jahr hindurch in weichender Tendenz waren und demzufolge sowohl Importeure als Zwischenhändler zum großen Theil mehr oder weniger empfindliche Verluste an ihren Beständen zu erleiden hatten.

Die Flauheit des Häutemarktes drückte natürlich auch auf die Lederfabrikation; dazu kam die Concurrenz der auswärtigen Märkte, von denen namentlich Nordamerika fortgesetzt große Partheieen von eichen- und fichtengegerbten Sohlledern nach England und Deutschland sandte. Dessenungeachtet ist das Geschäft für die deutschen Lederfabrikanten im Großen und Ganzen, namentlich mit Rücksicht auf die allgemeine Geschäftslage nicht ganz unbefriedigend gewesen. Trotz der starken Einfuhr der amerikanischen und englischen Leder hat sich das ganze Jahr hindurch regelmäßiger und lebhafter Bedarf in allen besseren Gattungen Unter- und Oberleder gezeigt, mit Ausnahme der Luxusfabrikate, als feine Kalbfelle, Kids und dergleichen, welche unter dem allgemeinen Drucke litten. Namentlich war fast unausgesetzt eine lebhafte Nachfrage nach gut appretirten und gut gegerbten starken Sohlledern, nach guten Berliner und hannöverischen Brandsohlledern; ebenso war der Absatz für Fahl- und Kipsfahlleder regelmäßig und zu befriedigenden Preisen, selbstverständlich auch hierin nur für reell gegerbte und gut appretirte Waare. Der Handel in gegerbten Ledern, welcher speciell in Berlin eine große Ausdehnung gewonnen hat, war im Allgemeinen zufriedenstellend; bei dem lebhaften Bedarf und starken Consum war die Nachfrage und der Absatz fast das ganze Jahr rege und mäßigen Nutzen bringend.

Trotz der allgemeinen gedrückten Geschäftsverhältnisse, trotz des starken Weichens der Preise der rohen Häute und trotz der großen Einfuhr von fremden gegerbten Ledern war das ganze Jahr hindurch lebhafte Nachfrage nach fast allen Gattungen reell gegerbter und gut behandelter Ledersorten. Hiernach kann ich wohl die Behauptung aufstellen, ohne gegründete Widerlegung erwarten zu dürfen, daß wir in Deutschland keineswegs eine Ueberproduction in gegerbtem Leder von guter Beschaffenheit haben, daß zu Klagen über unbefriedigenden Verkauf hauptsächlich nur diejenigen Fabrikanten und Gerber Veranlassung haben, welche sich den berechtigten Anforderungen der Zeit verschließen, die auf dem alten ausgetretenen Wege ungenügender Appretur, mangelhafter Trocknung und schlechten Sortiments fortfahren; daß dagegen bei dem fortwährend steigenden Bedarf des Landes an Leder für den reellen und strebsamen Fabrikanten die Zukunft nach menschlicher Berechnung eine gesunde und hoffnungverheißende ist, und daß wir nicht an Ueberproduction, sondern an, sowohl der Menge als der Beschaffenheit nach, ungenügender Production leiden.

Die Klagen über die Concurrenz der amerikanischen Sohlleder haben etwas nachgelassen, weil sie den Zweck der Erhöhung der Eingangszölle nicht erreichten. Mögen unsere kleinen und größeren Lederfabrikanten es sich sagen lassen und beherzigen, daß wir nur durch Abschaffung alter Mißbräuche die Lederfabrikation auf die ihr angemessene hohe Stufe in Deutschland bringen können. Zu den Mißbräuchen rechne ich in erster Reihe die leider noch bei so vielen Gerbern angewandte ungenügende, zum Theil unredliche Trocknung, ferner das ungenügende Sortiment der gegerbten Leder; die Leder fallen verschieden aus nach Stellung, Stärke und Reinheit, und danach soll der Fabrikant sein Sortiment und seine Preise für jede Gattung machen und drittens sollen sich die Gerber den Anforderungen der Zeit und ihrer Kundschaft nicht verschließen, sondern sich bemühen, mit diesen Hand in Hand zu gehen. Ich habe wiederholt Veranlassung gehabt, auf Amerika hinzuweisen; trotz mancher fehlerhaften Einrichtungen und Schwächen dieses großen und mächtigen Landes können unsere Gewerbtreibenden und namentlich die deutschen Lederfabrikanten von dort Vieles lernen, namentlich aber eine große Lehre, sich nicht abzuschließen in den eigenen beschränkten Gesichtskreis, sondern im Verkehr und Austausch der Meinungen mit ihren deutschen und überseeischen Collegen, Neues und Besseres zu hören und sich davon das Beste anzueignen; und dazu hoffen wir, wird der Besuch deutscher Lederfabrikanten auf der Weltausstellung in Philadelphia in diesem Jahre beitragen. Wie wir hören, machen die amerikanischen Lederhändler und Fabrikanten große Anstrengungen, um sowohl durch eine würdige Ausstellung in einem dazu eigens erbauten großen Gebäude, wie durch gastfreundlichen Empfang ihrer europäischen Collegen dem schönen und zukunftsreichen Lande, das sie vertreten, Ehre zu machen. Mögen unsere Lederfabrikanten der freundlichen Einladung zahlreich Folge leisten.

Elberfeld, 18. Januar. Die Gesammteinnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn betrugen im Monat December vor. J. 5,019,724 Mk. gegen 4,994 202 Mk. im Monat December 1874, mithin Mehreinnahme 25,522 Mk. Vom 1. Januar bis ult. December v. J. betrugen die Einnahmen 62,260,288 Mk. Der Gesammteinnahme von 59,312,766 Mark im Jahre 1874 gegenüber ergiebt sich demnach für das Jahr 1875 eine Mehreinnahme von 2,947,522 Mk.

Wien. 18. Januar. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betrugen in der Woche vom 24. bis zum 31. December 137,060 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 15,475 Fl.

[Concurs Strousberg.] Im großen Sitzungssaale des Berliner Stadtgerichts wurde am Montag der erste Prüfungs-Termin im Concurse des Dr. Bethel Henry Strousberg, unter Vorsitz des Commissars des Concurses, Herrn Stadtgerichtsrath Bennecke, abgehalten. Es sind im Ganzen 655 nicht bevorrechtigte und 42 bevorrechtigte Forderungen bisher angemeldet. Die Höhe der nicht bevorrechtigten Forderungen beträgt eine Reihe von Millionen und läßt sich augenblicklich noch nicht fixiren. Die Höhe der bevorrechtigten Forderungen incl. Gerichtskosten ꝛc. des Concursverfahrens würde sich auf ca. 700,000 M. belaufen. Aus dem Vortrage des Herrn Stadtgerichtsrath Bennecke entnehmen wir Folgendes: Es sei unmöglich bei dieser außergewöhnlich großen Sache schon jetzt ein volles klares Bild derselben zu entrollen. Die Besitzthümer, die theils in Preußen, theils außerhalb Preußens liegen, sind bisher nicht taxirt, es ist noch nicht eine einzige Taxe, auch nur auf eines der Güter eingegangen. Das hiesige Mobiliar-Vermögen ist dagegen ganz abgeschätzt bis auf die Bibliothek, der Büchervorrath ist ein sehr großer und war es dem einen Taxator, der nur dazu bestimmt ist, die Aufnahme zu vollziehen, noch nicht gelungen, das Material zu bewältigen. Trotzdem läßt sich schon heute mit Gewißheit sagen, daß die Taxe des hiesigen Mobiliar-Vermögens eine sehr hohe sei. Die vorhandenen Marmorkunstwerke sind allein auf 90,000 Mark abgeschätzt, ebenso sind die kostbaren Möbel sehr hoch taxirt. Ob aber solche Möbel und Kunstwerke gleich Käufer zu dieser hohen Taxe finden, müsse er (der Concurs-Commissar) bezweifeln. Der Werth der Effecten läßt sich noch nicht bestimmen, doch dürfte sicher anzunehmen sein, daß die bevorzugten Forderungen gedeckt werden, während die nicht bevorzugten Forderungen eine sehr geringe Aussicht haben, überhaupt gedeckt zu werden. Es läßt sich über diese eigentlich noch gar nichts sagen. In den Verhältnissen selbst und in der Zukunft liegt das Schicksal dieser Forderungen. Der Verwalter, Herr Dielitz, wiederholt ungefähr dasselbe, behauptet nur jetzt schon bestimmt, daß die nicht bevorrechtigten Gläubiger wohl schwerlich je einen Pfennig erhalten werden. Die Hauptschwierigkeit in diesem Concurse bildet die Abwesenheit des Dr. Strousberg, es ist alles Mögliche geschehen, denselben nach hier zu bekommen, aber vergeblich, die Hoffnung ist eine sehr geringe, denselben vor langer Zeit hier zu sehen. Die kleinen Revenuen des Gutes Moorholtz, die vorgefundene Casse von 7000 Thlr., die sehr geringen Außenstände, bilden, neben dem hiesigen Mobiliar-Vermögen, die augenblicklich einzigen Objecte, die für die Gläubiger da sind, sie repräsentiren höchstens einen Gesammtwerth von 700,000 Mark, die kaum hinreichen dürften, die Gerichtskosten und bevorzugten Forderungen zu decken. Wäre es dem Dr. Strousberg gelungen, seine hiesige Actien-Gesellschaft für Deutsche und Böhmische Eisenstahlwaaren am Leben zu erhalten, so hätte man vielleicht die Möglichkeit, den nicht bevorrechtigten Gläubigern etwas zu retten. Gelingt, es, noch etwas aus den aus dieser Gesellschaft von der Frau Dr. Strousberg der Masse überreichten 9 Millionen Mark Stamm-Actien und 3 Millionen Stamm-Prioritäten, flüssig zu machen, so würde etwas für die nicht bevorrechtigten Gläubiger erübrigen, andernfalls nichts, da der übrige Theil der Stamm-Prioritäten, 12 Millionen Mark, im Pfandbesitz der Moskauer Bank sind. Herr Kaufmann Dielitz wurde einstimmig als definitiver Verwalter erwählt, ebenso wurde als Verwaltungsrath der bisherige aus den Herren Director Dr. Wolff, Dittmar, Leipziger (Firma: Joseph Leipziger), Eisenbahnbaumeister Schmidt bestehende, einstimmig wieder erwählt. Frau Dr. Strousberg waren bisher täglich 20 Mark Competenz bewilligt. Herr Rechtsanwalt Dr. Horwitz beantragt in Anbetracht der wirklichen traurigen Lage derselben, da diese thatsächlich von allen Mitteln entblößt sei und für sich und fünf minderjährige Kinder zu sorgen habe, ihr diese Competenz auch in Zukunft zu belassen. Mit Einmüthigkeit sprachen die Gläubiger ihr Mitleid mit der Frau Doctorin aus und bewilligten einstimmig die verlangte Competenz.

[Oesterreichische Papierrente.] Die „Wr. Pr." schreibt vom 15. Januar: Heute hat die Offertverhandlung wegen Begebung von 40 Millionen Gulden Oesterreichischer Rente Nominal im Finanzministerium stattgefunden. Der Finanzminister ist zur Ausgabe dieser Rententitel berechtigt, da ihm bekanntlich einerseits noch ein größerer Rest der Rentenreserve (gemäß dem Gesetze vom 24. December 1867) zur Verfügung steht und andererseits auf Grund desselben Gesetzes die fällige Tilgungsquote der alten Staatsschuld — in diesem Jahre rund 17 Millionen Gulden — durch Emission von Titeln der einheitlichen Staatsschuld zu beschaffen ist. Zu der heutigen Offert-Verhandlung hatte der Finanzminister das Haus Rothschild, die Creditanstalt und den Wiener Bankverein zur Einreichung von Offerten eingeladen. Es wurden demzufolge zwei Offerten überreicht, die eine gemeinsam vom Hause Rothschild und der Creditanstalt, die zweite vom Wiener Bankverein und seiner Gruppe in Deutschland in Gemeinschaft mit der Banque de Paris und ihrer Gruppe in Paris und Brüssel. Ersteherin blieb die Creditanstalt, welche die besseren Bedingungen geboten hatte. Das Resultat der Offert-Verhandlung wurde an der heutigen Abendbörse seitens der Creditanstalt bekannt gemacht. Wie man wissen will, soll die Uebernahme der abgeschlossenen Rentensumme in vier Raten bis Juli dieses Jahres erfolgen. Ueber den Cours der Uebernahme lassen sich selbstverständlich nur Vermuthungen anstellen, doch sei des Gerüchtes erwähnt, welches den Cours mit 67½ beziffert. Nach dem „N. W. Tagebl." beträgt der Uebernahme-Cours nur 67. Dasselbe Blatt sagt: Die erstehende Gruppe verpflichtete sich, in den Monaten Januar, März, Mai und Juli je zehn Millionen der neuen Titres zu übernehmen. Die neuen Titres sind keineswegs eine „neue" Rente, sondern die eben begebenen 50 Millionen sind nichts weiter als Fortsetzung und Abschluß der „alten" Papierrente. Von derselben waren dem Finanzminister zur Deckung des Deficits mit dem Finanzgesetz für 1876 die Ausgabe weiterer 11 Millionen bewilligt worden und nachdem von den früheren Bewilligungen für Nothstandsbauten noch 29 Millionen zur Verfügung stehen, so ergiebt sich die oben angeführte Summe neu zu emittirender Rententitres. Bei diesem Anlasse dürfte es nicht ohne Interesse sein, auf die Coursentwickelung der Oesterreichischen Papierrente an der Wiener Börse in den letzten sechszehn Jahren einen kurzen Rückblick zu werfen. Im Januar 1860 notirte dieselbe 72 und ging in Folge des October-Diploms auf 69,80 zurück. Im Januar 1861, dem Jahre der ungarischen Wirren, notirte sie 61,50 und im Juli 68,10. Im Januar und Juli des folgenden Jahres wurden nachstehende Course verzeichnet: 1862 (Reichsräthliche Controle der Staatsschuld) 66,20 und 70,30; 1863 (Bankacte) 77,50 und 77,75; 1864 (deutsch-dänischer Krieg) 72,65 und 71,30; 1865 (Sistirung der Verfassung) 71,60 und 69; 1866 (Krieg, Staatsnoten) 62,60 und 59; 1867 (Ausgleich mit Ungarn) 57,60 und 59,60; 1868 (16% Couponsteuer) 55,50 und 57,60; 1869 (Speculationskrise) 58,80 und 62,85; 1870 (deutsch-französischer Krieg) 60,75 und 66,10; 1871 (Böhmische Fundamental-Artikel) 57,65 und 59,50; 1872 (wirthschaftlicher Aufschwung) 62,80 und 64,25; 1873 (Krise) 66,70 und 67,40. In den letzten zwei Jahren bewegte sich der Cours bekanntlich zwischen 68 und 70.

Bremen, 16. Januar. Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Oder", Capt. H. Erdmann, hat heute die erste diesjährige Reise via Southampton nach New-York mit Ladung und Passagieren angetreten.

Southampton, 17. Januar. Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Salier", Capt. H. C. Franke, welches am 6. d. von New-York abgegangen war, ist heute 3 Uhr Morgens wohlbehalten hier angekommen.

New-York, 16. Januar. (Per transatlantischen Telegraph.) Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Hohenstaufen", Capt. C. Leist, welches am 2. d. von Bremen und am 4. d. von Southampton abgegangen war, ist heute 7 Uhr Morgens wohlbehalten hier angekommen.

Berliner Börse vom 18. Januar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,00 bz
do. do.	2 M.	3	168,20 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,14,5 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	80,90 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	259,20 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	251,80 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	5	175,30 bz
do. do.	2 M.	6	174,25 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105 [illegible] bz
do. 4%ige	4	99,40 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129,90 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,10 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	83,40 bz
Pfandbr. Posensche neue	4	93,90 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	84,90 bz
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97,10 G
Rentenbriefe Pommersche	4	96,10 bz
Rentenbriefe Posensche	4	96,00 bzG
Rentenbriefe Preussische	4	96,00 G
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98,20 bz
Rentenbriefe Sächsische	4	97,75 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	96,10 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,75 bz
Baierische 4% Anleihe	4	123,25 G
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	107,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 258,00 B
Badische 35 Fl.-Loose 143,00 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 84,90 bzG
Oldenburger Loose 138,00 B

Ducaten 9,46 G	Fremd. Bkn. 99,83 G
Sover. 20,29 bz	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,19 bG	Oest. Bkn. 175,60 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 261,90 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	98,75 bzG
do. do.	5	99,25 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,00 bz
do. rückzb. à 110	5	105,70 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,90 bz
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,00 G
do. do. II. Em.	5	102,00 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,75 B
do. do. II. Em.	5	105,75 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	102,80 G
do. 4½ do. do. m. 110	4½	95,00 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	100,70 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	53,25 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	61,00 bzG
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	88,50 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	93,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	51,70 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64,60 bzG
do. Papierrente	4⅕	60,50 etb B
do. 54er Präm.-Anl.	4	107,40 etbzB
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	114,30 bz
do. Credit-Loose	—	336,00 bzB
do. 64er Loose	—	294,00 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	180,00 bz
do. do. 1866	5	180,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,90 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	90,75 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	86,25 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	67,30 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,00 B
do. do. 1885	6	101,10 bzG
do. 5% Anleihe	5	100,00 bzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,30 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,60 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	78,60 b G
Rumänische Anleihe	8	104,70 bz
Türkische Anleihe	5	20,00 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	72,60 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 41,60 B
Türken-Loose 42,75 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,00 B
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84,50 G
do. do. VI.	4½	97,00 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,25 G
Berlin-Görlitz	5	102,50 G
do.	4½	92,00 bz
do. Lit. C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	95,50 G
do. do. E.	4½	95,50 G
do. do. F.	4½	95,50 G
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	91,25 B
do. do. K.	4½	91,50 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	89,40 bz
do. Lit. B.	4½	98,50 B
do. IV.	4	91,50 bzB
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	96,25 B
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101,50 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,60 G
do. do. II. Ser.	4	96,50 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,60 G
do. do. III. Ser.	4	96,90 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	85 B
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	86,25 B
do. F.	4½	100,40 bzG
do. G.	4½	98,00 bzG
do. H.	4½	102,30 bz
do. von 1869	5	103,00 B
do. von 1873.	4	88,50 G
do. von 1874.	4½	96,50 B
do. Brieg-Neisse	4½	97 B
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,50 bzG
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99,50 G
do. do. III. Em.	4½	99,50 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	75,50 bzB
Ostpreuss. Südbahn	5	102,00 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,00 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	98,00 bz
Chemnitz-Komotau	5	27,25 bzG
Dux-Bodenbach	5	65,50 G
do. II. Emission	5	59,60 bz
Prag-Dux	fr.	24,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	87,50 G
do. do. neue	5	85,80 G
Kaschau-Oderberg	5	65,00 bzB
Ung. Nordostbahn	5	61,50 bz
Ung. Ostbahn	5	56,80 G
Lemberg-Czernowitz	5	69,50 G
do. do. II.	5	72,70 bzB
do. do. III.	5	64,75 bz
Mährische Grenzbahn	5	75,75 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	27,90 etbzG
do. II.	fr.	24 G
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	73,70 bz
Oesterr.-Französische	3	318,50 G
do. do. II.	3	308,00 B
do. südl. Staatsbahn	3	235,75 bz
do. neue	3	235,20 bz
do. Obligationen	5	81,25 etbzG
Warschau-Wien II.	5	99,25 G
do. III.	5	97,75 bzG
do. IV.	5	93,60 B
do. V.	5	92,75 bz

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinsfuss 7 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	22,50 bz
Berg.-Märkische	3	—	4	78,60 bz
Berlin-Anhalt	8½	—	4	105,25 bzG
Berlin-Dresden	[illegible]	—	5	28 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	30,25 bzG
Berlin-Hamburg	12½	—	4	171,25 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1½	—	4	70,10 bzG
Berlin-Stettin	9[illegible]	—	4	125,50 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	83,10 bz
Breslau-Freib.	7½	—	4	80,50 bz
Cöln-Minden	6⁹⁄₂₀	—	4	94,60 bz
do. Lit. B.	5	5	5	93 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	13,90 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	85,80-25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	10,60 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,90 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	50 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	52,80 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	174,50 bzG
Märk.-Posener	0	—	4	21,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	44 bz
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	260,50 bzG
do. Lit. B.	4	4	4	91,75 bzG
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	97,75 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,90 bz
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	139,25 bz
do. B.	12	—	3½	129,90 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	512-12 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	247,25 G
Oest. Südb. (Lomb.)	1⅓	—	4	198-99 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	26,90 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	104,25 G
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	57 bz
Rheinische	8	—	4	113-12,75 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	90,75 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	14,50 bzB
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	28,10 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	17,25 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101 bz
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	111,80 B
Warschau-Wien.	10	—	4	216 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	62,90 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	18,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	24,25 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	38 B
Märkisch-Posener	0	—	5	64 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	54 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	83,20 bz
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	69,75 bzB
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	107,70 bzG
Rumänier	8	8	8	84 bzG
Saal-Bahn	2⅔	0	5	20,25 bz
Weimar-Gera	5	2½	5	19 B

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	—	4	conv. — —
Anglo Deutsche Bk.	0	—	4	55 B
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	—	4	174 B
Berl. Handels-Ges.	7	—	4	90,50 bz
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	—	4	86,75 G
Braunschw. Bank.	7½	—	4	87 G
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	66 bzG
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3⅓	—	4	64,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	65 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	—	4	112,50 G
Darmst. Creditbk.	10	—	4	113,30 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	—	4	94 G
Deutsche Bank	5	—	4	81,75 bzG
do. Reichsbank	—	—	fr.	164,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	91,50 G
Deutsche Unionsb.	3	0	4	79,25 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	127 bz
Genossensch.-Bnk.	6	—	4	91,50 B
do. junge	6	—	4	96,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	19 bzG
Goth. Grundcredb.	9	—	4	105 etbzG
Hamb. Vereins.-B.	11⅓	—	4	114 G
Hannov. Bank	6⅔	—	4	101 bzG
do. Disc.-Bank	0	—	4	84,50 B
Königsb. Ver.-Bank	5¾	—	4	79 G
Ldw.-B. Kwilecki	6½	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	9½	—	4	121 G
Luxemburg. Bank	9	—	4	105 G
Magdeburger do.	5⅓	—	4	103 G
Meininger do.	4	—	4	79,25 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	44,50 bzB
Nordd. Bank	10	—	4	123,25 B
Nordd. Grundcr.-B.	9½	—	4	101 G
Oberlausitzer Bk.	0	—	4	56 B
Oest. Cred.-Actien	6⅞	—	4	336-37 bz
Posner Prov.-Bank	6	—	4	94 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	91 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,40 G
Sächs. Bank	10½	—	4	118 bzB
Sächs. Cred.-Bank	5	—	4	80 B
Schl. Bank-Verein	6	—	4	84 etbzB
Schl. Vereinsbank	5	—	4	88 G
Thüringer Bank.	6	—	4	77,50 bz
Weimar. Bank.	5¼	—	4	60 bzG
Wiener Unionsb.	5	—	4	129 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	87,50 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	71 bz
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	6 B
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	36,50 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	79,50 G
Hessische Bank	0	—	fr.	57,90 bz
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	0,50 B
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	82,50 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	0,80 B
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	50,75 G
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	11,75 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7½	—	fr.	125,10 bz
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	70,10 G
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	16,50 etbzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	46,50 G
do. Papierfabr.	4	—	4	19 bzG
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	7,50 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	125,25 G
Schles. Feuervers.	17	—	4	600 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	20,50 G
Dortm. Union	0	—	4	9,50 bz
Königs- u. Laurah.	10	—	4	63,75 bz
Lauchhammer	0	—	4	23 G
Marienhütte	7½	—	4	65 etbzG
Moritzhütte	0	—	4	— —
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	3,50 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	22 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	84,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89,90 etbzB
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	43,50 G
Vorwärtshütte	1	—	4	15,50 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	35,50 bz
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	43,40 G
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	49,25 B
Erdm. Spinnerei	4	—	4	21,50 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	—	4	36 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	—	4	29 etbz
Schl. Leinenind.	7½	—	4	86 B
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	32 bzG
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	—	fr	— — 180G
Schl. Wellw.-Fabr.	0	—	4	24 G conv
Wilhelmshütte M A.	4	—	4	55 B

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Pest, 18. Januar, Abends. Der Ministerpräsident Tisza empfing die Delegirten der Ostbahn-Gesellschaft und erklärte das bekannte Angebot als Maximum. Der Verwaltungsrath beschloß die Annahme des Angebots unter der Bedingung der steuerfreien Goldverzinsung. Schönberger refusirte den Beschluß des Verwaltungsrathes.

Paris, 18. Januar. Ein Schreiben Decazes an die Wähler erklärt, daß der Minister bereit sei, die Candidatur des achten Pariser Arrondissements anzunehmen. Decazes betont darin, die Wähler könnten versichert sein, daß er nach dem Vorbilde Mac Mahons ein treuer Diener der Gesetze sein werde, worauf die Regierung der Republik begründet sei. Ich werde treu und beharrlich das Werk fortführen, dem wir uns geweiht haben: die Erhaltung eines ehrenvollen, Frankreichs würdigen Friedens. Ein Frankreich, welches seine Kräfte wiedergesammelt hat und geschützt ist gegen innere Erschütterungen, kann sich dem Friedenswerke mit um so größerem Vertrauen hingeben, als es sich tagtäglich mehr und mehr unterstützt und ermuthigt fühlt durch Gesinnungen, die Europa stets dem Lande entgegenbringen wird, welches auch das Unglück nicht erschüttern konnte, im Eifer für Arbeit, hochherzige Gesinnungen und den Glauben an die unvergängliche Bestimmung.

London, 18. Januar. Nach einem der „Times" zugegangenen Telegramm aus Konstantinopel sind die für die Auszahlung der fälligen halben Coupons der neunprocentigen türkischen Schatzanweisungen erforderlichen Beträge von der türkischen Regierung baar zur Disposition gestellt.

New-York, 18. Jan. Der Dampfer „England" der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 18. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 203, 32, Pariser Wechsel 80, 90, Wiener Wechsel 175, 50. Böhmische Westbahn 165¼, Elisabethbahn 146, Galizier 171, Franzosen 255½, Lombarden 98, Nordwestbahn 124¾, Silberrente 64½. Papierrente 60⅜, Russ. Bodencredit 85⅞, Russen 1872 99⅛, Russ. Anleihe de 82 —, —, Amerikaner de 1885 101, 1860er Loose 113⅝, 1864er Loose 294, 50, Creditactien 167¾, Nationalbank 781, 00, Darmstädter Bank 113⅞. Brüsseler Bank —, —, Berliner Bankverein —, —. Frankf. Bankverein —, —, dto. Wechslerbank 76⅝, Deutsch-österr. B. 89⅝, Meininger Bank 79¼, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 164¾, —, Continental —, . Hess. Ludwigsbahn 97¼. Oberhessen 73. Ungarische Staatsloose 168, 00. do. Schtzw. alte 92⅞. do. neue 90¾. Central-Pacific 90⅝. Türken —. Ung. Ostb.-Obl. II. —. Fest bei sehr beschränkten Umsätzen.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 168¼, Franzosen 255⅝, Lombarden 98⅜, Galizier —, 1860er Loose —, Oesterr.-deutsche Bank —, Reichs-Bank —, —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 18. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¾, Silberrente 64¾, Credit-Actien 168, Nordwestbahn —, 1860er Loose 114, Franzosen 639½, Lombarden 246, Ital. Rente 71¼, Vereinsbank 115, Laurahütte 62¾, Commerzbank 83⅝, do. II. Emission —, Norddeutsche 122⅞, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 55, do. neue —, Internationale Bank 82, Amerikaner de 1885 94, Köln-Mindener St.-A. 94½, Rheinische Eisenbahn do. 113, Bergisch-Märkische do. 78½, Disconto 4¼ pCt. — Sehr still.

Wechselnotirungen: London lang 20, 16 Br., 20, 10 Gld., London kurz 20, 36 Br., 20, 28 Gld., Amsterdam 167, 70 Br., 166, 90 Gld., Wien 174, 00 Br., 172, 00 Gld., Paris 80, 20 Br., 79, 60 Gld., Petersburger Wechsel 258, 00 Br., 256, 00 Gld., Frankfurt a. M. pr. 100 Mk. —, — Br., —, — Gd.

Hamburg, 18. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. Januar 198 Br., 196 G., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 201 Br., 200 Gd. Roggen pr. Januar 148 Br., 147 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 151 Br., 150 Gd. Hafer ruhig. — Gerste flau. — Rüböl matt, loco 68½, pr. Mai 66, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 67. Spiritus matt, pr. Januar 33¾, pr. Febr.-März 34¼, per April-Mai 35½, per Juni-Juli per 100 Liter 100% 36½. — Kaffee fester, Umsatz 3000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 13, 70 Br., 13, 50 Gd., per Januar 13, 40 Gd., per August-December 12, 40 Gd. — Thauwetter.

Liverpool, 18. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 15,000 Ballen, davon 12,000 Ballen amerikanische, 3000 Ballen egyptische.

Liverpool, 18. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Etwas williger, amerikanische Ankünfte williger.

Middl. Orleans 7, middl. amerikanische 6⅝, fair Dhollerah 4⁹⁄₁₆, middl. fair Dhollerah 4⅞, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5¼, new fair Oomra 4¹¹⁄₁₆, good fair Oomra 5¼, fair Madras 4¾, fair Pernam 7⅜, fair Smyrna 6, fair Egyptian 7¼.

Manchester, 18. Januar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8¼, 20r Water Michols 10, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11⅞, 40r Mule Mayoll 11, 40r Medio Wilkinson 12⅞, 36r Warpcops Qualität Rowland 12¾, 40r Double Weston 12¾, 60r Double Weston 16, Printers ¹⁶⁄₁₆ ³⁴⁄₅₀ 8½ pfünd. 117. — Markt ruhig, Preise unverändert.

Königsberg, 18. Januar, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen still, Roggen stetig, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 132, 00, pr. Januar-Februar 133, 00, per Frühjahr 137, 00, Mai-Juni 138, 00. — Gerste beachtet. — Hafer ruhiger, inländischer loco per 2000 Pfd. Zollgew. 154, 00, per Januar-Februar 148, 00, pr. Frühjahr 156, 00. — Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 160, 00. — Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. loco 43, 75, per Januar-Februar 43, 75, per Frühjahr 47, 00. — Wetter: Thauwetter.

Danzig, 18. Januar, Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matter, Umsatz 75 Tonnen, bunter pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 190, 00, hellbunter 202, 00, hochbunter und glasig 206, 00 bis 209, 00, per April-Mai 203, 00. Roggen fest, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländischer 149, 00, per April-Mai 147, 00. — Kleine Gerste per 2000 Pfd. Zollgew. 136, 00, große Gerste per 2000 Pfd. Zollgewicht 149, 00. — Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 156, 00. Hafer per 200 Pfd. Zollgewicht loco 170, 00. — Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 41, 50. — Wetter: Thauwetter.

Antwerpen, 18. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen vernachlässigt. Hafer unverändert. Gerste fest.

Antwerpen, 18. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 32¼ bez. und Br., per Januar 32¼ bez. und Br., per Febr. 31¾ bez., 32 Br., per März 30½ bez., 31 Br., pr. April 30½ Br. Fest.

Bremen, 18. Jan., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco und pr. Januar 13, 00 bis 13, 10 bez., pr. Februar 12, 65, pr. März 12, 40. Höher.

Berlin, 18. Januar. [Productenbericht.] Roggen ist bei sehr schwachem Umsatz auf Termine eine Kleinigkeit billiger erlassen worden. Loco ist der Handel wegen knapper Zufuhr ganz unbedeutend. — Roggenmehl unbelebt. — Weizen hat sich kaum im Werthe verändert; umgesetzt wurde sehr wenig. — Hafer loco matt, Angebot überwiegend. Termine sind eine Kleinigkeit billiger käuflich gewesen. — Rüböl fester aber wenig belebt. — Spiritus hat sich im Werthe behauptet. Verkäufer waren heute wenig zahlreich.

Weizen loco 175—210 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer 190 M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. December-Januar — M. bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. April-Mai 197½—198 M. bez., pr. Mai-Juni 201 M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 146—162 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 147—150 M. bez., polnischer 150—152½ M. bez., inländischer 158—162 M., exquisit — M. ab Bahn bez., pr. December-Januar 154½ M. bez., pr. Januar-Februar 151½ bis 151 M. bez., pr. Frühjahr 151½—151 M. bez., pr. Mai-Juni 150½ bis 150 M. bez., pr. Juni-Juli 150—149½ M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 132—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—180 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—174 M., westpreußischer 150—174 M., russischer 150—174 M., pommerscher 165—175 M. bez., mecklenburgischer 165 bis 175 M. bez., böhmischer 165—175 M. ab Bahn bez., sächsischer 165 bis 175 M. ab Bahn bez., pr. December-Januar — M. bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Frühjahr 165½—165 M. bez., pr. Mai-Juni 165½ bis 165 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 176—210 M., Futterwaare 166—175 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,00—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar — M. bez., pr. Januar-Februar 20,80 bis 70 M. bez., pr. Februar-März 20,80—70 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 20,95—90 M. bez., pr. Mai-Juni 20,95 M. bez., pr. Juni-Juli 21 M. bez., pr. Juli-August 21 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps — M., Rübsen — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 64 M. bez., mit Faß — M. bez., pr. December-Januar 64,2 M. bez., pr. Januar-Februar 64,2 M. bez., pr. April-Mai 64,2—5 M. bez., pr. Mai-Juni 65 M. bez., pr. September-October 65,3—4 M. bez. — Gekündigt 700 Ctnr. Kündigungspreis 64,3 M. — Leinöl loco 58 M. bez. — Petroleum loco 29,5 M. bez. per 100 Kilo incl. Faß, pr. December-Januar 28—28,2 M. bez., pr. Januar-Februar 27,4—27,7 M. bez., pr. Februar-März — M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 42,5 M. bez., „mit Faß" — M. bez., pr. December-Januar 44,2—4—3 M. bez., pr. Januar-Februar 44,2—4—3 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 46,5—8—6 M. bez., pr. Mai-Juni 46,9—47,1—47 M. bez., pr. Juni-Juli 48,2—5—4 M. bez., pr. Juli-August 49,5—6—5 M. bez., pr. August-September 50,5 bis 6—5 M. bez., pr. October-November — M. bez. — Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 44,3 M.

✤ **Breslau**, 19. Jan., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, nur feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,00—14,75 bis 16,25 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste wenig verändert, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer, feine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. 15,00—16,20 bis 18,20 Mark feinster über Notiz.

Mais mehr Kauflust, per 100 Kilogr. 10,00—11,00 Mark.

Erbsen wenig zugeführt, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,50—15,50—16,50 Mark.

Lupinen schwach beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,30—11,00 Mark, blaue 9,50—11,10 Mark.

Wicken hoch gehalten, per 100 Kilogr. 16—17—18 Mark.

Oelsaaten gut behauptet.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	30	25	29	25	28	25
Winterrübsen	29	25	28	25	26	25
Sommerrübsen	30	50	29	50	28	—
Leindotter	27	—	26	—	25	—

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen bei schwachem Angebot rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 50—56—59—62 Mark, — weißer matter, pr. 50 Kilogr. 62—65—74—77 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee preishaltend, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Mark, neu 25,75—26,75 Mark, Roggen fein 26,00—27,00 Mark, Hausbacken 24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

[**Warschau-Wiener Eisenbahn.**] Einnahme pro December 1875.

	Personen: Anzahl.	Frachten: Pud.	Geld-Einnahmen. Zusammen: Rs.	K.
Im Monat Decbr. 1875	90,945	7,651,238	340,011	29
" " " 1874	91,871	5,598,280	325,492	16½
Mithin im Jahre 1875	— 926	+ 2,052,958	+ 14,519	12½
Vom 1. Jan. bis 31. Decbr. 1875	1,391,445	69,701,277	4,155,703	97½
" do. " do. 1874	1,382,424	75,043,880	4,389,168	69½
Mithin im Jahre 1875	+ 9,021	— 5,342,603	— 233,464	72

[**Warschau-Bromberger Eisenbahn.**] Einnahme pro. Decbr. 1875.

	Personen: Anzahl.	Frachten: Pud.	Geld-Einnahmen. Zusammen: Rs.	K.
Im Monat December 1875	24,382	1,900,468	81,462	54
" " " 1874	24,054	1,756,082	87,102	97½
Mithin im Jahre 1875	+ 328	+ 144,386	— 5,640	43½
Vom 1. Jan. bis 31. Decbr. 1875	373,099	17,326,141	1,008,063	97
" do. " do. 1874	374,616	19,275,222	994,780	90½
Mithin im Jahre 1875	— 1,517	— 1,949,081	+ 13,283	06½

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	332''',42	332''',05	333''',37
Luftwärme	— 0°,1	+ 1°,3	+ 1°,2
Dunstdruck	1''',61	1''',99	2''',13
Dunstsättigung	81 pCt.	88 pCt.	96 pCt.
Wind	SO. 2	W. 1	W. 3
Wetter	trübe.	trübe.	trübe.

Breslau, 19. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 60 Cm. U.-P. — M. 42 C. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.